

# Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 11. November 1930  
12. Jahrgang, Nummer 263

Erzählt täglich...  
Preis: 60 Pf., monatlich...  
Die Post bezogen...  
Einzelhefte...  
Abbestellen...  
Verlag: Schönlank Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 27.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Abbestellen: Breslau 30, Lehniger Straße 50, Tel. 500 90.  
Postamt: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Lehniger  
Straße 50, Tel. 259 02. Sprengel: der Redaktion von 12-13,  
Montags bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialabteilungen:  
Gubenburg, Kronprinzstr. 200, I. Eingang Waffelstr., Tel. 5570;  
Oppeln, Waldstr. 11, Tel. 1204; Oseritz, Markt 6, Tel. 2384.  
Geschäftst. 8-19 Uhr. Verlagsort: Hauptverlag: Breslau,  
Verlag: Schönlank Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, — Druck:  
„Reubag“, Filiale Breslau, Lehniger Straße 50.

Der Verrat an den Berliner Metallarbeitern mit Hilfe des „Genossen“ Einzheimer vollendet

## Das Brüning-Schiedsgericht diktiert 8% Lohnabbau

### Erzefinsti verbietet zur leichteren Durchführung des Lohnraubdiktats die „Rote Fahne“ Unerhörtes Klassenurteil gegen Langenbielauer Arbeiter

Berlin, 9. November. Gestern gegen 20 Uhr fällt das Schiedsgericht, bestehend aus dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Braun, Oberbürgermeister Dr. Jarres und Prof. Dr. Einzheimer einstimmig den neuen Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie, der jetzt, nach der Vereinbarung, die die Vertreter der Gewerkschaften mit den Unternehmern am 29. Oktober getroffen haben, verbindlich für alle Teile ist. Der Schiedspruch lautet:

1. Der zurzeit geltende Lohnsatz bleibt bis zum 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 um 3 Prozent gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 Prozent für alle übrigen Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Dieser Schiedspruch kommt nicht überraschend, er bestätigt nur unsere Voraussage, die wir bei der Ernennung der Genker-Kommission zum Ausdruck gebracht.

Einstimmig, so verkündet die Geldsackpresse, wurde dieses Urteil gefällt, mit dem der Dolchstoß nicht nur gegen die 130 000 Berliner Metallarbeiter zu Ende geführt wurde, sondern der gleichzeitig gerichtete ist gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Der Schiedspruch entspricht genau dem Inhalt des bereits gefällten Schiedspruches, gegen den sich die gesamte Berliner Metallarbeiterklasse wie ein Mann erhob und heldenmütig 14 Tage kämpfte. Der einzige Unterschied liegt darin, daß er jetzt in zwei Etappen durchgeführt werden soll. Die Urlich und Konsorten haben auch ganz genau gemerkt, daß ein anderer Schiedspruch gar nicht herauskommen wird. Sie haben den Streik zunächst gebilligt, um ihn dann mit dem Vorwand zu verraten, daß bei neuen Verhandlungen etwas anderes herauskommen würde. Die ganze SPD.-Presse hatte den von Urlich kommandierten Abbruch bereits als einen „Sieg“ hinausgeschrien. Nun war Zeit gekommen, so phantasierte die Breslauer Linke „Volkswacht“. Sie schrieb wörtlich:

„Die neue Vereinbarung bedeutet, daß die Unternehmer die Forderung nach Verbindlichkeitsklärung des alten Schiedspruches haben fallen lassen müssen. Es ist ihnen nicht gelungen, den von ihnen gewünschten Lohnabbau durchzuführen...“

Das schreiben diese Stulze, obwohl sie genau wußten, daß das genaue Gegenteil eintreten wird; aber diese Wahrheit schreiben hätte bedeutet, zuzugeben, daß der Abbruch einen Dolchstoß, einen Verrat im Miesenaussatz darstellt. Um nun ja keinen Verdacht aufkommen zu lassen, schrieb das Kranold-Blatt sogar wörtlich folgendes:

„Der Streik wird also beendet, obwohl es ungewiß ist, wie die Entscheidung des neuen Schiedspruches ausfallen wird. Nachdem aber die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt ist, ist in der neuen Regelung auf jeden Fall eine Verbesserung zu erblicken, weil der neue Schiedspruch günstiger ausfallen muß.“

Wir haben den „Unterschied“ bereits aufgezeigt. Bis zum 1. Januar wird die Brüning-Regierung mit Hilfe der SPD. ihr Hungerprogramm durchgeführt haben, dann werden neue Steuern, die Regenersteuer usw., zur Durchführung kommen, dann wird der „Unterschied“ zwischen dem jetzt gefällten Schiedspruch und dem, der den Stampf auslöst, noch „herrlicher“ in Erscheinung treten.

Die Kranold u. Co. aber werden voraussichtlich doch den „Mut“ finden, den „Unterschied“ als Erfolg umzubiegen. Anders werden darüber allerdings die Metallarbeiter selbst urteilen, und nicht bloß diese. Selbst die bürgerliche Berliner Zeitung „Der Montag Morgen“ muß von diesem Schiedspruch, der wie das Blatt behauptet, „wie eine Bombe unter den Arbeitern einschlagen hat“ folgendes feststellen:

„Das ändert aber nichts daran, daß die Gewerkschaftsführer in die denkbar schwierigste Lage gegenüber ihren Mitgliedern geraten, für die sich jetzt der Lohnausfall eines vierzehntägigen Streiks als ein völlig nutzloses Opfer erweisen hat. Von der Tatsache, daß das ohnehin von Arbeiterseite in seinem Wert bestrittene Schlichtungswesen jetzt zu einer besonders schweren Enttäuschung der Arbeiter geführt hat, wird gerade für künftige Lohnkämpfe das Schlimmste befürchtet.“

Hier wird also ganz eindeutig erklärt, daß die Arbeiter ein völlig nutzloses Opfer gebracht haben. Damit muß

selbst ein bürgerliches Blatt den „Unterschied“ beseitigen. Als der Dolchstoß in Berlin vollzogen war, schrieb die „Volkswacht“:

„Der Lohnabbau in Berlin sollte das Signal sein für einen ähnlichen Lohnabbau in allen Wirtschaftszweigen Deutschlands.“

Nun aber ist es mit dem „sollte“ vorbei. Jetzt ist die Bahn frei für alle Lohnräuber, und das Interessanteste dabei ist, daß dies in der Begründung des Schiedspruchs ausdrücklich bekräftigt wird: Für ungefähr 600 000 Metallarbeiter wird dies schon in der allerersten Zeit wirksam werden. Die Bergarbeiter sollen folgen, und nach ihnen werden die anderen Gruppen an die Reihe kommen. Einstimmig ist die Bahn freigemacht für den Lohnraub auf der ganzen Linie, das heißt auch mit der Stimme des „Genossen“

Einzelmer, des inoffiziellen Syndikus der Gewerkschaftsbürokratie.

Darin liegt das Bedeutsamste dieses Schandbretches. Einzelmer hat seine Stimme bestimmt nicht ohne Zustimmung der höchsten Gewerkschaftsspitzen gegeben. Damit tritt offen und unverhüllt die gesamte deutsche Gewerkschaftsbürokratie für den allgemeinen Lohnabbau offiziell ein.

Die RGO. hat selbstverständlich sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Das Reichskomitee der RGO. erläßt einen Aufruf an die gesamte deutsche Arbeiterklasse mit dem Ziele, alle Betriebe in Deutschland freibereit zu machen. Diesem Aufruf, den wir morgen zum Abdruck bringen werden, gilt es überall Geltung zu verschaffen. Der Plan der Gewerkschaftsbürokratie darf unter keinen Umständen gelingen.

**Börgiebel von Proletariatsverkauf geächtigt!**

## Erzefinsti kommt den Genetern der 130 000 Berliner Metallarbeiter zu Hilfe Er verbietet die „Rote Fahne“

Am gleichen Tage, an dem die Genetern der Metallarbeiter unter Mitwirkung des „Genossen“ Einzheimer den Schiedspruch gefällig haben, bereitete sich der eben zum Nachfolger Börgiebel ernannte „Genosse“ Erzefinsti, den Genetern zu Hilfe zu kommen. Er hat die „Rote Fahne“ auf acht Tage verboten, und zwar mit folgender Begründung:

Der Polizeipräsident, Berlin, 28. November.  
Tagebuch-Nr. 2443 I A 1. 30.

Hiermit verbiete ich auf Grund des § 13 in Verbindung mit § 5 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 (RGBl. 1. I. S. 91) die Zeitung „Die rote Fahne“ auf die Dauer von einer Woche bis einschließlich 16. November 1930. Gründe:

In der Nummer 262 der Zeitung „Die rote Fahne“ vom 8. November 1930 wird in dem Artikel „Proletariatsverkauf züchtigt Börgiebel“ in Absatz 5 auf Seite 1 des Hauptblattes wörtlich ausgeführt:

„Millionen Bertätigte, die das System verfluchen, das der Börgiebel vertritt, das er mit Gummiknüppeln, Karabinern und blauen Bohnen noch schützen konnte, die den Börgiebel

selbst verfluchen, sie drücken die Hand, die den Börgiebel traf.“

Damit ist gemäß § 13 Absatz 1 a. a. D. das ausgesprochene Verbot ohne weiteres begründet.

Am Tage vorher stand der Schuldige des Blut-Mai als Zeuge in einem der Mai-Prozesse. Als Börgiebel den Saal verließ, trat ein als Zuhörer anwesender Erwerbsloser auf ihn zu und verfechtete ihm mit dem Rufe „Arbeitermörder!“ einen Schlag ins Gesicht. Diese Züchtigung bewußt nun der Mitschuldige an jenem blutigen Arbeitermord, um die „Ehre“ des Geschlagenen mit einem Judasdienst für den Geldsack wieder herzustellen.

Die „Rote Fahne“ wird verboten, damit sie den Arbeitern nicht sagen kann, wie die werktätigen Massen über den Schiedspruch denken. Die Empörung soll so gewaltsam niedergeschlagen werden, um die Durchführung des Schiedspruches sicherzustellen. Aber sowohl der Börgiebel zu Hilfe gelommene Erzefinsti wie seine Auftraggeber irren, wenn sie glauben, dieser Empörung auf diese Weise Herr zu werden. Sie wird erst recht empordorn und mit dazu beitragen, daß die Abrechnung mit diesen Judasaffen des Geldsacks früher erfolgen kann, als es vielleicht sonst der Fall sein würde.

## Sechzehn Langenbielauer Arbeiter vor dem Klassenrichter! Eine Genossin erhält neun Monate Gefängnis!

## Stahlhelmjustiz im schlesischen Potsdam

### Oberstaatsanwalt beantragt 95 Monate Gefängnis — Urteil 44 Monate

Am 7. und 8. November standen in Schweidnitz 16 revolutionäre Proletarier aus Langenbielau vor den Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz. Sie waren angeklagt aller der „Verbrechen“, die längst eine ständige Rubrik in unserer sogenannten Rechtsprelle einnehmen. Landfriedensbruch, Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt und wie alle diese „Verbrechen“ in der Geldsacksprache heißen.

Die Anklage war entstanden, weil unsere Genossen in Langenbielau es gewagt hatten, am 20. Februar eine Protestversammlung gegen die braune Mordpest abzuhalten. Diese Versammlung benutzte die dortige Polizei zu einem Ueberfall auf die Teilnehmer, um nachher geflüchtete auf ihre „erprobtesten“ Gummiknüppelträger, den Spieß umzubringen und einen Ueberfall der Arbeiter auf die Langenbielauer Gummiknüppelgarde zu konstruieren.

Obwohl 35 unparteiliche Zeugen die Anklage vollständig zerlegten, so daß es dem Verteidiger ein leichtes war, nachzuweisen, wie direkt ribal hier ehrliche Arbeiter auf die Anklagebank gezerrt worden waren, litt es das „Staatsinteresse“ nicht, daß schon in dieser Verhandlung alle Angeklagten den Klauen der Genetern erlitten wurden.

Gestützt auf die uniformierten und Gummiknüppel gezielten Ausfagen, das heißt der Polizeibeamten, brachte es der Staatsanwalt Lederhose in diesem schlesischen Potsdam fertig,

nicht weniger als 95 Monate Gefängnis, also fast neun Jahre, zu beantragen. Eine Hälfte davon mußte das Gericht unter der Ducht der Anklage des Verteiligers Dr. Gottlieb preisgeben, und so wurde folgendes Urteil gefällt:

- der Arbeiter Heinrich Kiebel 8 Monate,
- die Stadtverordnete Genossin Brauner 9 Monate,
- die Stadtverordneten Genossen Reichel und Klein je 7 Monate,
- der Arbeiter Paul Stäbe 7 Monate und
- der Arbeiter Hermann Krause 7 Monate Gefängnis.

Das Provokatorische dieses Urteils kommt schon deutlich in der Tatsache zum Ausdruck, daß man der Genossin Brauner die Höchststrafe zubilligt hat. Deutlicher konnte sich in diesem Falle die Justiz nicht als Werkzeug des Geldsacks demaskieren. In Langenbielau macht unsere Frauenbewegung erfreuliche Fortschritte, deshalb bliese Raube gegen die Genossin, mit der man die ganze Bewegung zu treffen hofft.

Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt. Für die Arbeiterklasse in ganz Schlesien aber muß angefügt der noch bevorstehenden Prozesse dieses Urteils ein Warnsignal sein zur Verhinderung der Arbeit für die „Rote Hilfe“, wenn der Klassenjustiz nicht die Arbeit erleichtert werden soll. Deshalb überall die Befugnis verbreiten:

**Klein in die rote Hilfe!**



# „Preisfentung“

Auf der Tagung des Young-Verbands in Düsseldorf, die Anfang vergangener Woche stattfand, forderten die Redner dieser Versammlung von Großindustriellen und Bankiers mit aller Deutlichkeit, daß der räuberische Kurs, wie ihn die Brüning-Regierung mit Lohnraub, Wuchersteuern, Gehaltsabbau, Kranken- und Erwerbslosenplünderung einleitete, noch brutaler und strepelloser fortgeführt werden soll. Mit anderen Worten: wenn heute in den Wohnungen der Arbeiterfamilien der Hunger umzieht, wenn heute die Erwerbslosen in Deutschland ihren Kindern kaum mehr genug trodenes Brot geschmeiße denn menschenwürdige Ernährung verschaffen können, wenn heute die Lohnrate des Betriebsarbeiters oder Angestellten schon so mager ist, daß von Woche zu Woche, von Monat zu Monat der Haushalt immer ärgerlicher wird, so genügt das alles dem spechnadigen Gellichter der Generaldirektoren, Aufsichtsräte, Dividendenräuber, Bankiers und Börsenbällische noch immer nicht.

Das, was sich im Deutschland des Young-Plans und der kapitalistischen Krise ereignet, ist nichts als Raubkrieg der kleinen Clique hegemonischer Parasiten gegen das ganze Volk. In diesem Krieg, der von den Feinden des Volkes mit der Brutalität der Verwilderung geführt wird, ist der Lohnraub die schwere Artillerie der Kapitalisten.

Die Offensive der Lohnräuber wurde mit dem Schiedsspruch von Deynhagen eröffnet, der den Lohn- und Gehaltsabbau in der Metallindustrie Nordwestdeutschlands brachte. Der räuberische Anschlag auf die Berliner Metallarbeiter, der heute abend mit der Veröffentlichung des sogenannten neuen Schiedsspruchs der Brauns, Singheimer und Jarres durchgeführt werden soll, ist zugleich das Signal für die Generaloffensive der Unternehmer in ganz Deutschland. Für diese verbrecherische Politik der Kapitalisten liefern die Reformisten nicht nur mit ihrer Streikbrecherpolitik die unvermittelbare Waffenhilfe, sondern zugleich mit ihrer demagogischen Verküpfung von Preisfentung und Lohnraub den ideologischen Deckmantel.

Die gesamte reformistische Presse deklamiert, daß die Arbeiter — wenn die Preise gelenkt werden — den Lohnabbau zu schulden bereit seien. Daß die Löhne der deutschen Arbeiter durch die Teuerung und die reformistische Politik seit Jahr und Tag entwertet sind, daß dieser schleichende Lohnraub durch die Massenverwerflichkeit, die der Gesamtheit der Arbeiterklasse bereits 10 Milliarden Bruttolohn raubte, noch verstärkt wird, das alles gerät in „Vergessenheit“.

Der Schwindel mit der angeblichen Preisfentung, die durch Lohnkürzung herbeigeführt werden könnte, wird von der bürgerlichen Presse erit recht aufgenommen und ausgewagt. Mit Schlagzeilen, mit fingierten Nachrichten, mit Ministerreden und ähnlichem Tamtam schmeißt man den Werttätigen die Ohren über „Preisfentungspläne“ voll. In den letzten Tagen steigert sich diese Kampagne, vor allem in Berlin, um auf diese Art den Lohnraub an den Metallarbeitern durch die Herren Brauns und Co. mit ihrem „neuen, unparteiischen“ Schiedsspruch vorzubereiten.

Wie steht es in Wirklichkeit mit den Preisen? Daß das Schmieröl und Walzeisen ein wenig billiger werden soll, wurde schon während des Metallarbeiterstreiks den Proleten der Berliner Metallindustrie als gewaltige Errungenschaft präsentiert. Es ist logischer schon Stadtegespräch unter der Berliner Arbeiterbevölkerung, daß man sich Schmieröl nur schlecht auf die Straße freiden und mit Walzeisen auch keine Suppe kochen kann. Aber neuerdings tun sich noch andere Perspektiven in Sachen der Preisfentung auf. So meldete ein bürgerliches Blatt, daß eine bedeutende Herabsetzung der Post- und Telephongebühren bevorstehe.

Für Leute, die einen besonders regen Fernsprechverkehr ausüben soll, nach den ersten 500 Gesprächen, eine Ermäßigung für die nächsten 500 Telephongespräche eintreten, die nur noch 1 Pf. kosten. In der Tat: eine gewaltige soziale Errungenschaft. Die Berliner Metallarbeiter, die bekanntlich alle in ihren Luxuswohnungen über eigenen Telephonanschluß verfügen und davon den regsten Gebrauch machen, können aufatmen. Wenn sie nur fleißig telephonieren, werden sie in die Lage versetzt, Ersparnisse über Ersparnisse zu machen.

Dies kleine Beispiel zeigt, wie die Bourgeoisie, auf Grund der reformistischen Anregungen, das Proletariat mit seinem Preisfentungsschwindel zu verhöhnen magt. Man braucht nur hinzunehmen, daß allein in den letzten 10 Tagen auf dem Berliner Schlacht- und Viehhof die Preise für Schweinefleisch um 8 Pfennig pro Pfund und Lebendgewicht stiegen, was für den Kleinhandel eine Teuerung um 12 Pfennig pro Pfund bedeutet, daß die Preise für Kartoffeln, trotz der glänzenden Ernte, auf der ungeheuerlichen Höhe von 3,50 bis 4 Mark für den Zentner stehen, daß das Gemüse teurer wird, um die ungeheuerliche Demagogie in ihrer ganzen Verlogenheit zu begreifen, die in der Verquickung der Lohnfrage mit den angeblichen Preisfentungsplänen besteht.

Die ganze Heuchelei der Reformisten besteht darin, daß in Wahrheit auch für die Zukunft nicht die geringste Möglichkeit einer Senkung der Lebenshaltungskosten vorhanden ist. Im Gegenteil: die Teuerung muß auf Grund der Politik der Bourgeoisie noch zunehmen, wie es sich in den letzten Wochen zeigte. Die Fülle, die Wucherpreise, die den Kleinhandel belastet, die Liebesgabenpolitik gegenüber den Großagrariern, die verschiedensten Methoden künstlicher Preisfentung mit Tabaksteuern und allen übrigen Diktatursteuern, die offene Herrschaft des Monopolkapitalismus, der seine Wucherpreise zu diktieren vermag, — das alles zeigt klar, daß auch in Zukunft nicht an Preisfentungen, nicht an einer Verbilligung, sondern nur an weiterer Teuerung zu denken ist.

Das sind die Tatsachen, mit denen die Arbeiterklasse schon heute rechnen muß. Der Lohnraub, mit dem die Kapitalisten ihren Hungerfeldzug durchführen, wird durch die weitere Teuerung das Lebensniveau der Arbeiterklasse noch härter niederdrücken.

Die Entlarvung des Preisfentungsschwindels der Lohnräuber ist nicht nur Anklage gegen die kapitalistischen Ausbeuter selbst, sondern zugleich vernichtende Anklage gegen die Preisfentungsmanöver des Reformismus. Befragt die Kampfbanner in allen Betrieben unter Führung der A.G.O.! Küßt zum neuen Kampf um Lohn und Brot! Organisiert gegen die Hungerpolitik der Young-Regierung, der kapitalistischen Profitjäger und ihrer reformistischen Helfershelfer die Arbeiteroffensive, den Kampf um höhere Löhne, gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und darüber hinaus den Kampf für Macht und Freiheit, den Kampf für den Sozialismus!

Das ist Young-Deutschland:

# Gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosen

## 3 323 000 Arbeitsuchende registriert — In einem halben Monat wieder 136 000 Arbeitslose mehr — Der Schwindel von der „Arbeitsbeschaffung“

Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1930 ergibt wieder ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosenziffer. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden belief sich am 31. Oktober auf rund 3 323 000. Die Reichsanstalt gibt an, daß nach Abzug der noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung und Notstandsarbeit Beschäftigten etwa 2 255 000 als erbeitslos angesehen werden müssen. Das sind 136 000 mehr als am letzten Stichtag, dem 15. Oktober. Dagegen hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur um 70 000 und die der Krisenunterstützten um rund 22 000 zugenommen, so daß also wieder eine erhebliche große Zahl in das Meer der verhungerten Wechselfahrtsunterstützten und der ohne jede Unterstützung zugrundegegangenen gestochen wurde. Weniger als zwei Drittel der gesamten Erwerbslosen, nämlich 2 072 000, erhalten Unterstützung durch die Arbeitslosen- und durch die Krisenunterstützung.

Die Zahlen der Reichsanstalt erfassen nicht die Gesamtheit der deutschen Erwerbslosen, da viele Erwerbslose, die keinerlei Unterstützung beziehen, und auch ein Teil der Wohlfahrtsempfänger überhaupt nicht vor den Arbeitsämtern erfasst werden, wie die Reichsanstalt selbst zugeben muß. Die wirkliche Zahl der Erwerbslosen in Young-Deutschland

ist also wesentlich höher als die schon an sich grauen-erregende Ziffer von 3 255 000.

Die Zunahme der bei den Arbeitsämtern registrierten Erwerbslosen um rund 136 000 widerlegt noch einmal die ganze Verlogenheit des sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramms, das die Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun der Brüning-Regierung vorgelegt hat. Wie wir seinerzeit schon feststellten, würde die von Braun vorgeschlagene Pflichtarbeit für die Großagrarkarte und in den Sümpfen 150 000 Erwerbslose in Sklaverei führen. Das heißt, das das ganze Jahr so viel wie in einem halben Monat die Arbeitslosenziffer in Young-Deutschland zunimmt. Es würde also faktisch überhaupt keine Verringerung der Arbeitslosenzahl eintreten. Nur 150 000 Arbeiter müßten zu Löhnen, die noch unter den Sätzen der Arbeitslosenversicherung liegen, unerträgliche Fronarbeit, unter militärischem Kommando, zugunsten der Profite der Großagrarkarte leisten.

Diese Zahlen zeigen die absolute Unmöglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Nur durch die proletarische Diktatur, nur durch den Sozialismus, wie er heute in der Sowjetunion verwirklicht wird, kann die Geißel der Arbeitslosigkeit, die Millionen Proletarier dem Hungertode ausliefert, beseitigt werden.

# Der Mittelstand wird zerrieben

## Starke Zunahme der Konkurse im Kleingewerbe

Ein typisches Zeichen der katastrophalen Auswirkung der Wirtschaftskrise für die kapitalistische Wirtschaft sind die Zusammenbrüche und Zahlungsinstellungen der „selbständigen“ Unternehmungen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Aufstellung über die Konkurse in den ersten 10 Monaten 1930. Die Gesamtzahl liegt um 18,6 Prozent über der Vorjahreshöhe, während die Zahl der Vergleichsverfahren um 51,2 Prozent gestiegen sind. Besonders stark tritt die Zunahme im Einzelhandel, also gerade bei denjenigen Unternehmungen in Erscheinung, wo es sich um ausgesprochene Mittelstandsexistenzen handelt. Hier hat sich die Zahl der Konkurse um 21 Prozent, der Vergleichsverfahren um 53,5 Prozent gehoben. Insgesamt sind in den ersten 10 Monaten des Jahres 1930 3827 Konkursfälle und 2760 Vergleichsverfahren, sowie 6587 Zahlungsinstellungen gegen 4966 in der entsprechenden Zeitspanne des Jahres 1929 zu verzeichnen.

In der kommenden Zeit wird die katastrophale Lage der „selbständigen“ Mittelständler und damit ihr vollkommener Zusammenbruch infolge der Erwerbslosigkeit und des

Lohnabbaus und des damit zusammenhängenden Rückgangs des Konsums, der Belastung mit Steuern und der allgemeinen Verteuerung der Bedarfsartikel noch beschleunigt.

Nach einer Aufstellung der Forschungsstelle für den Handel haben sich im Einzelhandel die Umsätze im dritten Quartal für notwendige Bedarfsartikel im Durchschnitt um 11,8 Prozent gesenkt. Da in dieser Aufstellung alle Unternehmungen des Einzelhandels, also auch die großen Warenhäuser und Spezialgeschäfte einbezogen sind, die immer noch die Gelegenheit haben, infolge ihrer größeren Kapitalkraft durch Restame und sonstige Maßnahmen ihre Umsätze im wesentlichen zu halten, so dürften gerade die Kleingewerbetreibenden am stärksten von diesem Umsatzrückgang betroffen sein.

Das Brüning-Raubprogramm wird auch nach dieser Seite hin die Lage der Kleingewerbetreibenden und selbständigen Mittelständler in der kommenden Zeit katastrophal verschlechtern, so daß sie alle Veranlassung haben, mit der Arbeiterklasse gemeinsam gegen die Verelendung durch die Brüning-Diktatur zu kämpfen.

# Scheidemann zeigt Hitler, wie man's macht

## Der Freund Hitlers, Bankdirektor von Stauß, war auch der Auftraggeber der sozialdemokratischen Konterrevolutionäre

Im Berliner „8-Uhr-Abendblatt“ veröffentlicht der Bankkontakstarke Philipp Scheidemann unter der Überschrift: „Wir haben die Demokratie gerettet, Betrachtungen zum 9. November“. Es ist nichts Neues, daß Philipp Scheidemann den großkapitalistischen Ausbeutern erzählt, daß er der Ketter ihrer Ausbeuterherzlichkeit vor der Revolution der Arbeiter war. So wiederholt Scheidemann noch einmal:

„Wäre am 9. November 1918 die demokratische Republik nicht ausgerufen worden, so hätten die Spartakusanhänger an jenem Tage aus dem zusammengebrochenen Deutschland eine Filiale Sowjetrußlands gemacht.“

Interessant ist zu erfahren, daß derselbe Bankherr der heute den Nationalsozialisten den Aufstieg gegeben hat, seine und seiner Freunde Geldschränke zu bewachen, 1918 dieselben Aufträge den Sozialdemokraten erteilte. Scheidemann erzählt:

„In den ersten Männern, die bald nach dem 9. November zählung mit den sozialdemokratischen „Novemberverbrechern“ zu nehmen suchten, gehörte auch Herr von Stauß, der nach dem 14. September dieses Jahres Führer der Nationalsozialisten beim Frühstück gefüttert und für seinen Reichstagspräsidentenstand kandidaten Dr. Schulz gewonnen hat.“

Der Verräter Scheidemanns, daß Hitler ihn beim Bankier-

frühstück abgelöst hat, ist verständlich, weiß man doch, daß Philipp zu den gewaltigsten Verrätern von Bankierbraten und Bankierweinen gehört.

Angesichts der Tatsache, daß Philipp und Adolf doch Kollegen sind, die beide denselben Beruf des Verrats der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie ausüben, will Scheidemann gar nicht verstehen, warum denn eigentlich Hitler so feindlich gegen ihn eingestellt ist. Er schreibt:

„Sechs Wochen nach dem militärischen Notschrei war der 9. November, der Tag, an dem der letzte Kanzler des letzten Kaisers den Vorstand der SPD. bat, die Regierung zu übernehmen, um zu retten, was noch zu retten sei...“

Wir haben geschickt. Wenn Herr Hitler gestiftet hat, sollen unsere Köpfe in den Sand rollen, denn wir sind für ihn und eine Hememörder „November-Verbrecher“.

Scheidemann hat wirklich recht. Adolf Hitler hat gar keine Veranlassung, seinem großen Lehrmeister im Volksverrat so böse Worte zu sagen. Die beiden Konkurrenten sollten sich doch einigen. Herr von Stauß kann ja schließlich beim nächsten politischen Frühstück ein Gedicht mehr auflegen und ein Weinglas mehr auf den Tisch stellen lassen. Dann können sie beide um die Wette fressen und laufen, um sich für ihr Verräterhandwerk zu stärken.

# Nationalsozialistische Mörder freigesprochen

## Die Verbrecher von Wesselsburen bleiben strafflos

Heide in Holstein, 8. November. Nach dreitägiger Verhandlung wurde in dem in Heide vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Prozeß gegen Nationalsozialisten, die letzterzeit in Wesselsburen einen bewaffneten Ueberfall auf kommunistische Arbeiter durchführten, der Hauptangeklagte, der nationalsozialistische Tierarzt Dr. Franz, und der Angeklagte Krüger-Wesselsburen freigesprochen, die übrigen drei Angeklagten erhielten die Freisprüche gleichwohl, nachdem lächerlichen Geldstrafen von je 100 Mark.

Dieses Urteil ist eine direkte Aufforderung an die Nationalsozialisten zur Durchführung blutiger Verbrechen gegen die Arbeiterklasse. Der nationalsozialistische

Ueberfall, der hier abgeurteilt wurde, bildete den Auftakt zu der Raubexpedition der Nationalsozialisten nach Wesselsburen, bei der sie unter Führung des Dr. Franz den Genossen Stürzebecher ermordeten. In dem wegen dieses Ueberfalls durchgeführten Prozeß wurden die angeklagten kommunistischen Arbeiter, darunter der Hauptangeklagte, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Genosse Heud, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Das ist deutsche Justiz. Nationalsozialisten morden Arbeiter, die überfallenen Arbeiter kommen ins Zuchthaus, die nationalsozialistischen Mörder werden freigesprochen.

Der braunschweigische Staatsanwalt hat ein Verfahren gegen mehrere nationalsozialistische Führer, die am 4. Juni in Wolfenbüttel eine öffentliche Versammlung der SPD sprengten, eingestellt, abgleich die Nationalsozialisten einen Reichsbannermann getötet, vier schwer und mehrere leicht verletzt haben.



Solidaritäts-Sportfest in Breslau

In die Arbeitersportler Schlesiens!

Genossen und Genossinnen! Die Breslauer oppositionellen Arbeitersportler veranstalten am 22. und 23. November in Breslau ein Solidaritätssportfest für die von den Reformisten wegen ihrer revolutionären Gesinnung ausgeschlossenen Sportler in Deutschland.

Genossen, wollt ihr tatlos zusehen, wie im übrigen Reich Sportler, weil sie sich gegen den Verbürgerlichungskurs der Gellert u. Co. wehren, weil sie ihr Klassenbewußtsein bewahrt haben, aus dem Bunde entfernt werden? Oder wollt ihr es so weit kommen lassen wie in Württemberg, wo die Reformisten mit wehenden Fahnen hinter Reichswehrkapellen marschieren? Damit zeigt man am besten, wie weit man schon mit dem kapitalistischen System verwichen ist.

Auch in Breslau beweisen einige Vorfälle, zum Beispiel das letzte Kreisfest in Breslau, wo man unter Zuhilfenahme der Polizei Platane mit revolutionären Losungen entfernen wollte, wofür der Weg führen soll.

Sportler Schlesiens! Solidarisiert euch mit den Ausschlossenen und beweist eure Verbundenheit mit ihnen durch eure geschlossene Beteiligung am Sportfest in Breslau. Kämpft mit uns für die Tradition der Arbeitersportbewegung. Wir Sportler sind Soldaten der Revolution.

Anmeldung zwecks Beteiligung an dem Sportfest für Vereine und Einzelmittglieder sind an Genossen Fritz Winkler, Breslau, Leuthenstraße 66, zu richten.

Sie versprechen das Blaue vom Himmel

Wie man gegen Vereine vorgeht, die nicht derselben Gesinnung sind wie der Bundesvorstand, beweist der Fall des Fußballvereins M. S. B. „Pfeil“, Breslau. Im Vereinszimmer des Vereins war ein Plakat der roten Sportler ausgehängt. Als dieses Plakat der Sportgenosse Grabisch von „Wacker“ sah, wurde er wütend und beschwor unsere Genossen einzeln, nichts mit den Ausschlossenen gemeinsam zu haben; er würde dann auch dafür sorgen, daß die arbeitslosen Sportgenossen Arbeit bekommen (!) würden, da man dann den Fußballplatz ausbauen möchte, und dadurch ungefähr 20 bis 30 Mann für eine Zeit beschäftigen könnte. Genossen, laßt euch nicht durch solche Versprechungen irreführen. Genau daselbe Manöver hat man vor einiger Zeit mit dem Fußballverein Ostwig gemacht, als derselbe beim Volksfest der „Ja“ spielen wollte.

ASV. Pfeil beschließt Anschluss an AG.

In der Mitgliederversammlung vom 31. Oktober wurde einstimmig der Anschluss an die AG. beschlossen.

Freitag, den 14. November, findet in Gerbers Bierstuben, Lange Gasse, die Vollversammlung statt. Vereinsbesitzungen ist mitzubringen. Mitgliederkarten sind beizubringen.

Ferienspiele im Fußball für den 16. November

- 14.00: Heria I — 1924 I, Grabisch, Ritter (Südbst).
14.00: Fr. Sportfr. I — 1921 I, Jantholawiese, Wombi.
14.00: 1928 I — Strehlen I, Goldschmieden, Neumann.
12.00: 1928 II — Strehlen II, Goldschmieden, Paul R.
11.30: 1924 III — Silesia IV, Stadion, Gerlach
10.00: VfL III — JSB. III, Klein-Gandau, Sagame J.
12.00: VfL IV — Südbst III, Klein-Gandau, Springer.
11.15: Sparta IV — West III, Schlachthof, Rumsche (Pfeil).
10.00: Sparta III — Sturm III, Marienhöfen, Lichte
0.00: Union IV — Fr. Sportfr. III, Deutsch-Lissa, Rühndel.
10.00: Einigkeit III — Stern III, Groß-Mochbern, Gramer
10.00: Heria III — Silesia III, Grabisch, Plante.
Jugendmannschaften.
11.00: Bratislawia I — Strehlen I, Blühwiege, Kulla.
11.00: Südbst I — Dhlau I, Kleitendorf, Winkler (Tasmania)
10.00: Tasmania I — VfL I, Riemannshöhe, Wluda.
10.00: Sparta I — VfB. I, Schlachthof, Gnichowik.
11.40: Einigkeit I — Trebnitz I, Groß-Mochbern, Gramer.
9.00: Stern I — Sturm I, Grabisch, Japfe.
10.50: Union I — Rapid I, Deutsch-Lissa, Rühndel.
9.00: Silesia-Riders II — West II, Stadion, Langner
Schülermannschaften.
9.00: Sturm I — West II, Marienhöfen, Verein
10.00: Dhlau I — Rapid II, Dhlau, Verein.
10.00: Stern II — 1921 I, Grabisch, Verein.
9.00: Einigkeit II — Falke I, Groß-Mochbern, Verein.
9.00: VfL II — Einigkeit I, Klein-Gandau, Verein.

Stern I Jiriau — Freie Turn- und Sportvereinigung I Wolkstein 2:2 (2:1)

Trotzdem „Stern“ die bessere Seite gewählt hatte, kam der Sturm nicht in Schwung, und wenige Minuten nach ihrem Anstoß führten die Gäste 1:0. Ein Verteidiger stellte das 1:1 her. Kurz darauf brachte „Stern“ einen Kreuzer zum 2:1 an. Nach Seitenwechsel erzielten die Wolksteiner den verdienten Ausgleich. Obwohl „Stern“ in der letzten Viertelstunde nochmals tonangebend ist, bleiben beiderseits Erfolge aus. Das Remis war für die Gäste sowie für die Platzbesitzer verdient. Schiedsrichter gut. — 1. Jugend Wolkstein konnte nicht antreten und spielten dafür Stern II — Stern Alte Herren 1:0 (0:0). Stern Schüler — Wöler I. Schüler, Weißstein, 5:2.

ASV. Stern Jiriau. Freitag, den 12. Dezember, findet unsere jährliche Jahreshauptversammlung statt. Weitere Einladung erfolgt nur durch Handzettel.

Deuts. Generalversammlung der Arbeiter-Kad. und Kraftfahrer. Am 1. November hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Abrechnung konnte nicht gegeben werden, da noch nicht alle Mitglieder laffert werden konnten. Unter Bericht der Funktionäre war festzustellen, daß gute Arbeit geleistet wurde. Ausfahrten waren 41. Der beste Tourenfahrer war von den Altersgenossen Kalupie Karl, dann Repler. Ihnen folgen Scholz

Kurt und Schüler Heinz Brunst. Von den Sportgenossinnen waren Bogus Maria, Seela Maria, Kalupie Emma und Schülerin Bogus Lotte, von den Wandersportern die Sportgenossen Bogus August, Seela Karl, Mahlig Alfred die Besten. Im Bezirk sind nur vier Jüngerleistungen abgehalten worden. Auch hier haben sich die Fahrer Mühe gegeben, an der Spitze zu bleiben. So konnten

Sport vom Sonntag VfL Bezirksmeister

Ein spannendes Spiel — Eine torlose Halbzeit — VfL. gewinnt mit 10 Mann. 2000 Zuschauer auf dem Sportplatz

Am Sonntag sind die Wirtel gefallen! Wieder einmal sind die Serienpleiten der Arbeiter-Fußballer zum Abschluß gebracht. 28 Mannschaften der ersten Klasse in Breslau, Brleg und Dels standen im Kampfe um die Punkte, deren Erbringung die Meisterschaft bedeutete. Vier Gruppenmeister wurden als die Besten der 28 ermittelt. Und diese vier ermittelten wiederum im Ausschreibungssystem den Meister des Bezirks. Zum zweiten Male seit Bestehen hat VfL. den Titel an sich gerissen. Bereits im Vorjahre konnte VfL. erstmalig nach schweren Kämpfen Bezirksmeister werden. Mit Erfolg wurde dieses Jahr der Titel verteidigt. Der gestrige Sonntag brachte das Finale der beiden Endspielgegner Sturm und VfL. Es sei gesagt, daß VfL. verbitterter Sieger wurde. Schönes Fußballwetter und 2000 Zuschauer waren es, die das Gelingen des Endspieles garantierten. Wieder einmal bewies VfL., daß er in der Spielform sehr unerschütterlich ist. Die Leistungen des Vorabends ließen für einen Sieg gegen die spielstarke Sturm-Mannschaft fast keine Aussicht zu. Wie ungewöhnlich zeigte sich die Mannschaft am gestrigen Sonntag. Wenn man in Betracht zieht, daß VfL. die letzte halbe Stunde ohne den bei einer Wunde verletzten Torhüter spielen mußte und Sturm dabei mit 1:0 in Führung lag, so kann man erst richtig erkennen, mit welcher Energie die Blau-Weißen in dieser Heißeiszeit um den Sieg kämpften. Spielt VfL. in dieser Spielform die nächsten Spiele um die Kreismeisterschaft, dann wissen wir, daß der 1. Bezirk würdig vertreten wird.

Geringer Spielbetrieb der Handballer

Durch das Überhochwasser ist ein großer Teil der Sportplätze unbrauchbar geworden. Aus diesem Grunde fiel ein Teil der Handballspiele aus. Ueber die durchgeführten Spiele wird berichtet:

7. Abteilung — 5. Abteilung 3:2. Das wichtigste Spiel des Tages hatte eine große Zuschauerzahl nach Mochbern gelockt. Bedauerlich, daß getwellig viel zu hart gespielt wurde, so daß der Schiedsrichter zu Penaltstellungen gezwungen war.

7. Abteilung — 1897 7:2. In einem überlegenen Siege gestaltete die 7. Abteilung dieses Spiel. Bis zur Halbzeit leistete 1897 den größten Widerstand und ließ nur eine 3:2-Führung der Turner zu. Nach dem Wechsel wurde die 7. Abteilung tonangebend und erzielte vier weitere Tore.

Südbst — 4. Abteilung 10:1. Schon in der ersten Halbzeit war Südbst stark überlegen und legte vier Tore vor. In der zweiten Hälfte wurde die 4. Abteilung vollständig eingeschüchtern und mußte weitere 6 Erfolge anerkennen. Kurze Zeit vor Schluß kam die 4. Abteilung nach einem Deckungsfehler der Hintermannschaft Südbst zum Eigentore.

Mochbern 1. Jgd. — 5. Abteilung 1. Jgd. 0:2 abgebrochen. Mochbern Alters — 6. Abteilung Alters 4:1.

Fr. Turnerschaft Dhlau II — Südbst II 3:2.

Fr. Turnerschaft Dhlau I — 1897 I 7:2. Dieses Spiel zeigte eine große Überlegenheit der Dhlauer.

Südbst Schüler — 8. Abteilung Schüler 2:0.

Fußball in der Provinz

Im Waldenburger Bergland beschränkte sich die Spieltätigkeit auf das Spiel Stern Jiriau — VfL. Rommelswalden. Nachdem die VfL'er zur Halbzeit bereits 2:0 in Führung lagen, mußten sie sich zum Schluß den Ausgleich gefallen lassen.

„Von Ebert bis Brüning“

Die Lehren des 9. November.

Ein Broschüre, die jeder Arbeiter lesen muß.

Mit Riesenschritten gehen wir in Deutschland einer neuen revolutionären Situation entgegen. Die Krise des Kapitalismus hat sich ungeheuer vertieft, keines der Probleme, die von der Krise aufgeworfen werden, vermag der Kapitalismus zu lösen. Um sich am Leben zu erhalten, muß er die Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und der wertstätigen Mittelschichten, vor allem der Kleinbauern, verschärfen. Vielleicht mehr als 5 Millionen Arbeiter und Angestellte werden im kommenden Winter keine Arbeit haben und hungern, Langeweile werden verhungern.

Das ist die Lage, in der sich heute der Kapitalismus befindet. Kein Zweifel, der Widerstand der ausgebeuteten Massen verschärft sich, mit diesem Widerstand wird der Zerfall des Kapitalismus nur noch offensbarer. Die neue Revolution reißt heran.

Das heutige Proletariat hat angefangen dieser Entwicklung alle Ursache, aus der Vergangenheit zu lernen. Schon einmal war der heutige Kapitalismus mit seinem Sotain zu Ende: nach der Niederlage im Weltkrieg. Es kamen die Novembertage in Kiel, Hamburg, es kam der 9. November in Berlin, Sturz der Monarchie, Machtübergang durch die Arbeiter- und Soldatenräte!

Was ist daraus geworden?

Wir wissen es alle: die Macht des Kapitalismus wurde wieder ausgedehnt, das Proletariat geschlagen, getreten, gemordet, immer

ist Seela und Sobisch im 20-Kilometer-Mannschaftswettbewerb der Bahn die Garmeisterschaft holen, und Steinig die 5-Kilometer-Baumweisterschaft der Straße. Der Goalpost geht gut vonwärts. Im Seifer-Steigen holte sich die Deller Mannschaft die Bezirksmeisterschaft. Sportgenosse Schwarz gab seinen Bezirk als Kopfheber. Als erster Kopfheber wurde Schwarz wiedergewählt, als Kasserer Hoffmann Paul, Parkstraße, und als Schriftführerin Seela Maria. In den Bezirk wurden gewählt als Jugendleiter Schwarz und als Kassierer Krolotoffky, Schriftführer wurde Fröhling.

tiefer ins Hungerelend gedrückt. Von Ebert bis Brüning ist ein Selgathaweg des heutigen Proletariats. Warum es dazu kam, warum nicht, wie in Rußland, die Arbeiter die Herrschaft des Kapitalismus geschlagen haben, das zeigt die kleine Broschüre an Hand der Ereignisse vom 9. November und nachher.

Sie heißt den Weg des heutigen Proletariats, den Weg von der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus, dem Weg des Proletariats in der Sowjetunion gegenüber. In Deutschland Jersch, Glend, Rechtslosigkeit der Arbeiter, in der Sowjetunion zehnjähriger Kämpfe, dauernde Lösung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Arbeiter, die Macht in den Händen des herrschenden Proletariats und Vernichtungskampf gegen die Ausbeuter und die Kräfte der Reaktion.

Die Broschüre wendet sich in erster Linie an die Arbeiter, die noch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind oder unter dem Einfluß dieser Partei des Sozialismus stehen. Sie soll dazu dienen, den Prozeß der Loslösung der Arbeiter von dieser Partei des fortgeschrittenen Proletariats, an deren Spitze die erbärmlichsten, niederträchtigsten Solaten der Bourgeoisie seit 1914 gestanden haben und noch heute stehen, zu unterstützen und zu beschleunigen. (Die Broschüre ist von allen Literaturstellen zu beziehen.)

Rundfunk-Programm

- 15.35: Rundzeitung: Schnuffibus und der Zeitungscomé.
16.00: Allerlei Humor (Schallplatten).
16.30: Das Buch des Tages: Heiter-beständliches. Wochenende.
16.45: Filmbestimmter (Schallplatten).
17.15: Die Filme der Woche.
17.45: zehn Minuten Operette: Reginald O.S.
17.55: Bruderkonten Dr. Stumpf: Johannes Peter Hans 300.
18.20: Aus Hallischen Operetten: Operette.
18.30: Aus Hallischen Operetten: Operette.
18.45: Das wird Sie interessieren!
20.30: Aus Hallischen Operetten: Operette.
21.10: Berlin: Tempo-Variété. Mit. u. a.: Wladimir Wladim. R. u. Wolowsky.
22.00: Aus dem Sportpalast Berlin: Ball des Städtischen Oper.
23.30: Aus den Festräumen des Zoologischen Gartens, Berlin: Ball der deutschen Filmindustrie.

„Weltbühne“ als Tonfilmtheater. In der „Weltbühne“ fand am Freitag die Eröffnungsvorstellung als Tonfilmtheater statt. Der Tonfilm „Zweimal Hochzeit“ mit Hanne Jorb in der Hauptrolle ist bereits bei seiner Erspannung in unserem Hause besprochen worden. Einer der so beliebten Nicht-Musik-Filme leitet das Tonfilmprogramm ein. Die Tonfilmantologie zeichnet sich durch eine gute Wiedergabe ohne die sonst üblichen Nebengeräusche aus. Im Nebenprogramm ein spanischer Film, „Der Doppelgänger“, um den so kitzigen Harry-Biel-Sensationalen. Mit diesem Programm steht die Weltbühne hinter dem Tonfilmtheater der City nicht zurück.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberelbstein): Ernst Bollweder, Breslau; für Oberelbstein: Fritz Wendrich, Gubenburg. — Für Inserate: Karl Gansbort, Breslau.

WIEBICH Täglich 2 x 4 Uhr Gastspiel Bobbie Hind Claire Feldern Zirkus Lippel und das Insyge Lovani-Programm

WAPPENHOF Heute Sonntag, ab 4 Uhr sowie Montag (außer Sonnabend) Große Nachmittags-Vorstellung mit dem mit größtem Beifall aufgenommenen 1. Novbr.-Programm Eintritt 30 Pfg. / Ab 8 Uhr: Große Abendvorstellung mit Ball 2 Kapellen Eintritt einschl. Ball 50 Pfg.

Beachten Sie unsere Inserenten!

Neu-Gründung Geben den geehrten Kunden bekannt, daß ich das Konfekt-Geschäft von Frau A. Weisner, Nikolaisstraße 10 übernommen und im Nebenhanse eine Gemüschhalle eröffnet habe. Um freundliche Unterstützung bitte! Frau S. Seiffert, Gritz



# Rund um den Erdball

## Todesurteil im Giftmordprozess

München, 8. November. Im Münchener Giftmordprozess gegen Frau Monika Lugenberger wurde gestern das Urteil verkündet. Die Angeklagte wird von der Anklage des versuchten vierfachen Mordes freigesprochen. Wegen Überlegung des Mordes wurde sie als schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Bei der Verkündung des Urteils bricht die Angeklagte zusammen, erhebt sich dann wieder und schreit in den Saal: „Ich bin unschuldig!“

Noch in letzter Minute machte der Verteidiger der Angeklagten einen Vorstoß zugunsten der Frau Lugenberger. Gegen den Sohn Josef der Angeklagten lägen mindestens ebensoviele Indizien vor wie gegen seine Mutter. Vor allem wies



Die zum Tode verurteilte Frau Lugenberger

er auf den Umstand hin, daß der Sohn der einzige Zeuge sei, der die Mutter schwer belaste. Diese Tatsache hänge zweifellos mit einem früheren Sittlichkeitsdelikt zwischen Mutter und Sohn zusammen.

Auf seinen Antrag beschließt das Gericht die Verlesung der Akten jenes Prozesses. Diese Akten ergeben ganz klar, daß Frau Lugenberger den achtjährigen Knaben zu unsittlichen Handlungen verleitet hat. Trotzdem gelangt das Gericht nicht zu dieser Überzeugung, sondern begnügt sich mit der Feststellung, daß der Sohn Josef frühzeitig verstorben sei und damals die Mutter fälschlich beschuldigt habe.

Nach den Gutachten der chemischen und medizinischen Sachverständigen, die alle gegen Frau Lugenberger zeugen, begann der Staatsanwalt seine Anklagerede.

## Übung für den Luftkrieg

Paris, 8. November. In den letzten Tagen fanden über London umfangreiche Manöver der französischen Luftflotte statt. Mehrere Geschwader von Jagdflugzeugen belagerten den Aufrag, feindliche Bomberflugzeuge aufzusuchen und zu vertreiben. Die Manöver sollen die Kriegstüchtigkeit der französischen Jagdflieger hervorragend bekräftigt haben.

# Mit Tauenden und Totschläger bewußtlos geprügelt

## „Marinesportklub“ als Deckmantel für bösslichen Sadisten

Eine Blume aus dem Paradies des „Dritten Reichs“ ist Herr Regierungsrat Dr. Lübben. Er ist der Gründer des Deutschen Marinesportklubs und der illegale Leiter des Viking-Bundes. Lübben, gegen den gestern in Berlin wegen Sittlichkeitsverbrechen verhandelt wurde, hat noch ein Verfahren wegen eines geheimen Waffenlagers zu erwarten.

Mit dem Marinesportklub hat es eine eigenartige Bewandnis. Geleitet wurde nur nebenbei, Sport betrieben überhaupt nicht. Das war nur ein Vorwand für den sauberen Herrn Regierungsrat, romantisch veranlagte Polstererjungen einzufangen. Hatte er sie in seiner Gewalt, dann gab es kein Zurück mehr, denn hinter jedern stand drohend die Feme. Die Jungen wären elend verkommen, wenn nicht einige den Mut aufgebracht hätten, Anzeige gegen Lübben zu erstatten.

Raffen wir die Jugendlichen selbst über die „Erziehungsmethoden“ ihres Kapitäns sprechen. Ein 21jähriger Junge sagt: „1926 trat ich in den Marinesportklub ein. Ich hoffte, sportliche Ideale zu finden. Doch wurde ich bald von der furchterlichen Willkür überzeugt. Wenn man einmal zu spät kam, hieß es gleich, man sei fällig; das bedeutete, daß man sich mit Dr. Lübben rosten mußte.“

Er nahm unseren Kopf zwischen seine Arme, schloß die Fingern, und dann mußten wir fünfmal schreien.

# Neue Flutwellen rollen heran

## Im Hochwassergebiet noch immer Gefahr — Die Oberdämme brechen

Frankfurt a. O., 8. November. Wie wir bereits gestern mitteilten, ist die Gefahr von den durch das Hochwasser bedrohten Gebieten noch keineswegs abgewendet. Es wird im Gegenteil aus Oberschlesien eine neue Hochwasserwelle gemeldet, die mindestens die Höhe der jetzigen erreicht. In der nächsten Woche wird dadurch die Gefahr im Märkischen Obergerbiet wieder zunehmen.

Obwohl man im Laufe des Freitag mit allen Kräften versuchte, die Deiche der Oder zu verstärken, ist es nicht gelungen, den riesigen Fluten wirksam Widerstand entgegenzusetzen. Gegen Abend wurde oberhalb Frankfurts der Oberdeich durchstoßen, um die Wassermengen in die Polder ablaufen zu lassen. Dadurch gelang es, vorläufig ein weiteres Steigen des Wassers unterhalb Frankfurts zu verhindern.

Bei Niemasth-Cleba im Kreise Guben steht der Damm vor dem Bruch.

Armbide Wasserstrahlen schießen aus dem Damm hervor.

Im Frankfurter Stadtgebiet erreichte gestern das Hochwasser mit 5,35 Meter seinen höchsten Stand. Gegen Morgen

fiel es um einige Zentimeter, doch bedeutet dies noch keineswegs eine Entlastung der Dämme.

Der Wasserstand der Oder bei Bries hat sich gestern wieder um 20 Zentimeter erhöht. Die zweite Hochwasserwelle aus Oberschlesien befindet sich heute dicht vor Bries.

In Küstrin ist das Wasser schon so hoch gestiegen, daß die Oberfähne, um aus der Oder in die Warthe zu kommen, nicht erst bis zur Warthemündung fahren, sondern einfach quer über die überschwemmten Wiesen hinweg.

Ein mit 6000 Zentner Ladung fahrender Kahn fuhr durch eine überschwemmte Laubentonia direkt in die Warthe.

Das Hochwasser hat bereits auch ein Todesopfer gefordert. Die Leiche eines Mannes im Alter von 30 bis 40 Jahren wurde angeschwemmt.

Die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei hat bereits zwei Anträge für die Unterstützung der vom Hochwasser Geschädigten eingebracht.

## Warum „R 101“ verunglückte

### Die Drohung gegen Indien

Bei der Untersuchung der Katastrophe des englischen Luftschiffes „R 101“ kamen sensationelle Tatsachen zutage. Eine halbe Stunde vor Beginn der heutigen Verhandlungen erhielt John Simon einen Brief aus Cardington, aus dem hervorgeht, daß der Vertreter des Inspektionsdepartements sich geweiigert hatte, die Luftfähigkeit des „R 101“ vor seiner Todesfahrt zu bescheinigen. In diesem Brief wird ausdrücklich betont, daß durch Schauern an den Spanten und an den Haltebolzen zahlreiche Löcher in den Gasbehältern entstanden seien.

Trotz dieser Mitteilungen erteilte Lord Thompson, der englische Luftfahrtminister, den schriftlichen Befehl zum Abflug mit folgenden Worten:

„Ich muß darauf bestehen, daß am Programm für den Flug nach Indien festgehalten wird, da ich meine Pläne danach eingerichtet habe.“

Die Pläne Thompsons bestanden bekanntlich darin, Indien die Macht des britischen Imperialismus durch die Entsendung eines kriegstüchtigen Luftschiffes zu beweisen. Die Unruhen in Indien veranlaßten ihn, um jeden Preis, selbst um den des Verlustes des „R 101“, seine Drohung gegen das revoltierende Indien so rasch als möglich durchzuführen.

## Nach seinem „Tode“ verhaftet

### Das Doppelleben des Brandstifters

Im Wartesaal des Bahnhofes Wittenberge wurde der 30 Jahre alte Kaufmann Fritz Saffran unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges, der Brandstiftung und eines Mordes verhaftet. Im Laufe der Vernehmung stellte sich heraus, daß er sein eigenes Geschäftslokal in Brand gesteckt und es gescheit verbrannt hat, seinen eigenen Tod vorzutäuschen, um seiner Familie die Versicherungssumme zuzuschlagen.

In der Nacht zum 15. September brannte in Rastenburg das Möbelgeschäft Saffran nieder. Bei den Aufräumarbeiten wurde eine völlig verkohlte männliche Leiche gefunden, die einen Ring und die goldene Uhr des Geschäftsinhabers Saffran trug.

Die Leiche wurde dann auch als diejenige des Kaufmanns Saffran in Rastenburg beigelegt.

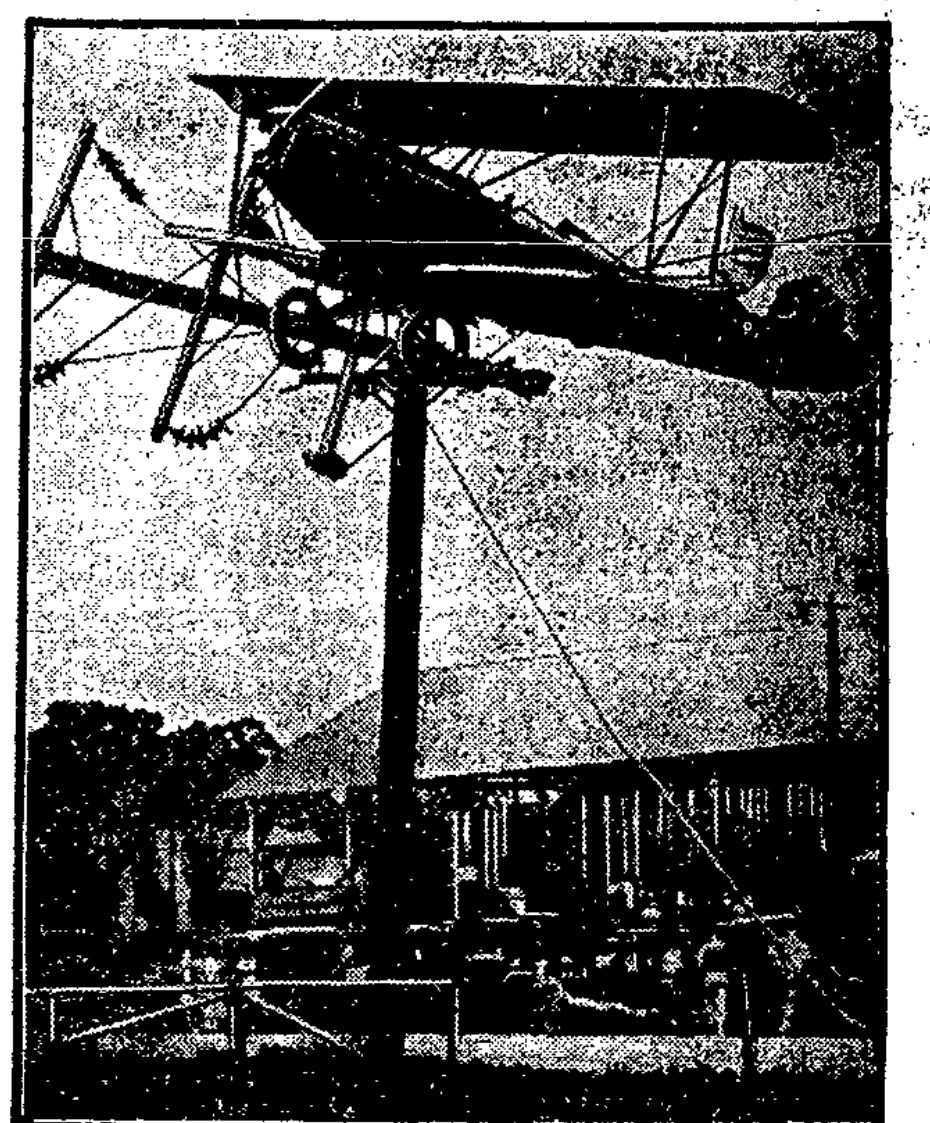
Bei der Untersuchung der Brandursache wurde aber festgestellt, daß mutwillige Brandstiftung vorliegt. Die Expedientin Ella Augustin gab schließlich im Laufe der Vernehmungen zu, daß die an der

Brandstelle gefundene Leiche gar nicht die des Saffran sei. Saffran habe mit ihr zusammen das Möbellager mit Benzol übergossen und dann in Brand gesteckt. Danach ist er aus seiner Heimat geflüchtet und fand in Berlin Unterschlupf. Dort erwiderte er die Ausweispapiere eines Verwandten der Expedientin Augustin, besorgte sich Paß und Schiffstare und verließ Berlin mit dem Ziele Brasilien. Im Zuge nach Hamburg wurde er dann verhaftet.

Die Persönlichkeit des aufgefundenen Toten konnte noch nicht festgestellt werden. Die Polizei vermutet, daß Saffran die Leiche eines unbekanntem Verstorbenen auf dem Rastenburg Friedhof ausgegraben, ihm seine eigenen Kleider angezogen und ihn dann in das brennende Haus gesteckt habe.

Wolle Klarheit darüber wird erst im Laufe der Untersuchung erbracht werden können.

## Flugzeug im Leitungsdraht



In der Nähe von Los Angeles, fiel ein abstürzendes Flugzeug auf den Mast einer Hochspannungsleitung und blieb in den Drähten hängen. Die Insassen blieben unversehrt.

## Überfall auf einen Geldtransport

### Über die Räuber finden nichts

Eisenach, 8. November. Ein Auto des Eisenacher Arbeitsamtes wurde am Freitagmorgen in der Nähe von Liebenstein von fünf maskierten Männern überfallen. Mit hochgehaltener Pistole zwangen sie den Wagenführer, zu halten. Die zwei im Wagen sitzenden, unbewaffneten Beamten konnten natürlich nichts gegen die fünf Bewaffneten ausrichten, die in aller Ruhe das Auto nach Geld untersuchten. Das Geld, mit dem die Unterstützung für die Liebensteiner Erwerbslosen ausgezahlt werden sollte, wurde von den Räubern nicht entdeckt, und so blieb ihnen nichts anderes übrig, als mit einigen erbeuteten leeren Formularen abzugehen.

## Mit Maschinengewehren gegen einen Zug

Dalland (Kalifornien), 8. November. Fünf mit Maschinengewehren bewaffnete Zugräuber hielten in der Nähe von Nobel einen Personenzug an und raubten 50 000 Dollar und 15 Säcke mit Wertpapieren. Dann flüchteten sie in einem Rasenwagen.



# Breslau

## Rechtsauskunft

Im Büro des Bezirkskomitees Schlesien der S. D. auf der Freiheitsgasse 2 wird täglich Rechtsauskunft in allen Betriebs- und Gewerkschaftsfragen erteilt. Ein Entgelt wird nicht erhoben. Die Sprechstunden finden täglich von 10 bis 11,30 Uhr und von 17 bis 18,30 Uhr statt.

## Die Mieterversammlung im Westen

Die für den gestrigen Sonntag nach den „Zentralballsaal“ einberufenen Mieter, war nur mäßig besetzt. Nach dem Referat des Genossen Walter fand eine Aussprache statt, in der u. a. ein parteiloses Komitee, das die Mieter im Westen in Angriff zu nehmen, und zwar durch eine regelrechte Haus- und Hofaktion. Wir verweisen auf die morgigen stattfindende Parteikonferenz im „Gelben Löwen“, zu der alle Pol- und Orgleiter der Straßenzellen geladen sind, und bitten um pünktliches Erscheinen. Morgen sollen die bisherigen Erfahrungen besprochen und der genaue Angriffsplan aufgestellt werden.

## Öffentliche Versammlung

Für alle werktätigen Frauen aus Haushalt und Betrieb findet am heutigen Montag im Lokal Salomon, Rosenstraße, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Erscheinen aller ist Pflicht.

## Jungerverblosse, aufgewacht!

Die Jungerverblosse unter 17 Jahren — keinen Pfennig Unterstützung, Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Das ist die „Jugendfürsorge“ durch das Brüning-Kabinett. Jungerverblosse, organisiert dagegen den Kampf. Erscheint am Freitag, dem 14. November, um 16 Uhr, im „Zentralballsaal“, Westendstraße 50/52, zur Versammlung. Freie Aussprache!

**Selbstmord.** Am Sonntag, gegen 11,30 Uhr, wurde die 81jährige Rentempfangerin Martha P. in ihrer Wohnung in der Kähelstraße gasvergiftet tot aufgefunden. Die Verstorbene hatte ihre Absicht, sich das Leben zu nehmen, des Bsteren ihren Mitbewohnern erzählt.

**„Reparaturwerkstatt für Kleiderbürsten.“** Ein unbekannter Schwindler, der unter verschiedenen Namen auftrat, und etwa 25 Jahre alt ist, versuchte in der Halle des Hauptbahnhofes sich mit Fahrgästen anzubiedern. Er erzählte einem Arbeitslosen, daß er die Möglichkeit habe, eine Reparaturwerkstatt für Kleiderbürsten zu eröffnen und einen Teilhaber bzw. Mitarbeiter aufnehmen könne. Es gelang dem Schwindler, von dem Arbeitslosen 50 Mark zum Ankauf von Werkzeug zu erhalten und zu verschwinden.

**Der Tod im Konzertlokal.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 0,45 Uhr erlitt der 50jährige Kaufmann M. in einem Konzertlokal in der Gartenstraße einen Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

**Plötzlicher Tod.** Am Sonntag gegen 15,30 Uhr brach die 50jährige Ehefrau Elisabeth Sch., Salzstraße 8 wohnhaft, in der Schweidnitzer Straße bewußtlos zusammen. Sie hatte einen Schlaganfall erlitten; an dessen Folgen sie auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

## Der Breslauer Rundfunk, ein Werkzeug der

# Waffen und Faschisten

RO. Der Faschisierungsprozeß in der deutschen Republik erstreckt sich nicht nur auf die unmittelbaren Machorgane des Staates, er beginnt sich auch immer deutlicher im ideologischen Ueberbau der Gesellschaft, im geistigen und kulturellen Leben, auszubreiten. So ist der Breslauer Rundfunk, der früher in bürgerlichen liberalen Kreisen als ein „fortschrittliches“ Element in der Wüste der Kulturreaktion angesehen wurde, im Verlauf einer verhältnismäßig kurzen Zeit ein Instrument der Waffen und Faschisten geworden. Wenn auch das Zentrum und die Deutschnationalen und Nationalsozialisten einen politischen Scheinkampf gegeneinander führen, so sind sie doch in den Fragen der Kulturpolitik einig. Einig in dem Bestreben und dem Willen, die Massen des deutschen Volkes mit Religion, bürgerlichem Bildungswort und kapitalistischer Wissenschaft zu füttern.

Ein Blick auf die Programme des Krieterer Senders beweist das. Die Programme sind deutlich genug. In der kommenden Woche sprechen im Rahmen einer Vortragsreihe über „Deutsche Staatskunde“ fast nur Reaktionäre: Pastor Meßing, Pfarrer Rahmann, der Kanonikus Dr. Ditt und der berühmte Monarchistenprofessor von der Breslauer Universität — Prof. Dr. Helfrich —, ein ganz spezieller Freund des gescheiterten Hohenzollern-Biuhelms, der einen Vortrag über den „monarchistischen Staat“ halten wird.

Ist diese Provokation für die Massen der werktätigen Hörer — denn nicht anders stellt diese erzeaktionäre Zusammenstellung dar — schon schlimm genug, so wird sie von dem Programm der übernächsten Woche noch übertroffen. Es ist einfach zum Kopieren, was der Rundfunk seinen Hörern in dieser Woche vorzulegen mag. Da produziert sich ein Trompeterkorps eines Reiterregiments, während die durch den Tonfilm auch in Breslau zu Hunderten erwerbslos gewordenen Berufsmusiker hungern, da wird — gleich zweimal — Glockengeläut gegeben, da findet eine katholische und eine evangelische Morgenfeier statt, und der Gipfel der religiösen Verlogenheit dieser Woche ist ein Vortrag: „Die Glorifizierung der Frau durch das Christentum.“ Ausgerechnet das Christentum, das seit zwei Jahrtausenden die Frau zu einem Menschen zweiter Klasse degradiert hat, soll die Frau glorifiziert haben. Das soll wohl als Rezept dienen, um die weiblichen Zentrumswähler und -anhänger bei der Stange zu halten?

Nun kommt die freche Provokation — nämlich die Vorträge über das Wochenthema: „Der Mensch in der Wirtschaft.“ Zweifellos ein wichtiges und notwendiges Gebiet, eingehendster Erörterungen wert. Aber wer spricht über diese Dinge? Es sind Akademiker, Journalisten und Pfaffen, — sämtlich Bürger! Ein Dr. Kampner hält gleich drei Vorträge über die „Grundlagen der Volkswirtschaft“, ein anderer Akademiker spricht über die „Wirtschaft der Urzeit“. Daß kein Rechner die „Wirtschaft des Kapitalismus“ behandelt, spricht Bände. Man flüchtet in die

Urzeit. Ein Syndikus verbreitet sich über die „Wirtschaftserschauung des Individualismus“, Herr Franold von der „Volkswacht“ über die des „Kollektivismus“. Grundlag: Immer schön verschwommen!

Und nun kommen Referate über einzelne Berufsstände. Ausgerechnet wieder ein Pfaffe, der Pfarrer Borel aus Oberschlesien, spricht über „Der Mensch im Zeitalter der Industrie“. Herr Martin Darge, Korrespondent der „Berliner Mottenpost“ und anderer Klein-Presseblätter wird einen Vortrag über den „Industriearbeiter“ halten. Ueber den „Handwerker“, den „Bergarbeiter“, den „Monteur“, den „Landarbeiter“ usw. reden wiederum nur Pfaffen, die keine Ahnung von dem wirklichen Leben der Arbeiter haben. Wie sprechen im Namen des fortschrittlichsten Teils des schließlichen und Breslauer Proletariats allen diesen Rednern — ohne Ausnahme — das Recht ab, über das Leben und die Verhältnisse, die Sorgen und Ziele von Proletariern zu sprechen. Der Zweck dieses Manövers ist zu durchsichtig, als daß ihn nicht jeder sofort erkennen würde: In bürgerlich-kapitalistischem Sinne sollen die werktätigen Hörer belehrt werden! Damit zeigt sich erneut, daß der Rundfunk — eine an sich wohlthätige Erfindung für die Menschheit — im Kapitalismus, und ganz besonders in der halbfaschistischen deutschen Republik, nicht weiter ist, als eines der vielen Mittel der herrschenden Klasse, das Volk zu verdummern und in geistiger Abhängigkeit und Ohnmacht zu halten. Der schärfste Kampf gegen dieses Gift ist notwendig. Und einst wird auch hier mit eisernem Besen ausgeräumt werden, das sollen sich die Herrchen, die „heute noch auf stolzen Rossen“ sitzen, mit aller Deutlichkeit gesagt sein lassen!

## Bries

### Warum wurden 48 Mann in Rußland erschossen?

Ueber dieses Thema sprach der Genosse Kobens in einer gut besuchten Rundgebung der F. J. D. im „Weinberg“. 25 Neuankömmlinge waren der Erfolg des ausgezeichneten Referats. Einen Schritt weiter auf dem Wege der Solidarität.

### Der Magistrat „sorgt“ für die vom Hochwasser Bedrohten

In einem vom Hochwasser bedrohten Hause auf der Biegelstraße war eine alleinstehende Frau gezwungen, ihre Wohnung des Wassers wegen schnell zu räumen. Der mittellose Frau wurde vom Magistrat „großartig“ ein vor Dred starker Müllwagen zur Verfügung gestellt, auf welchem die neuen Möbel verladen und abgeholt wurden. Eine Rücksicht von Seiten des Magistrats, die es verdient, angezapfert zu werden.

# Wie organisieren den Mieterkampf!

Morgen Dienstag um 19,30 Uhr im „Gelben Löwen“, Oberstraße 23, wichtige Parteikonferenz. Daran müssen teilnehmen: Die Pol- und Org-Leiter aller Straßenzellen und Stadtteile, die in den Zellen mit der Mieterarbeit beauftragten Genossen und alle in den Siedlungen Zimpel, Köpelsch und Tschansch wohnenden Genossen. Angefaßt der Wichtigkeit der zu bewältigenden Arbeit wird pünktliches und vollständiges Erscheinen der genannten Genossen erwartet. In der Mieterfrage interessierte Genossen können an der Konferenz als Gäste teilnehmen.

# Der SAJ.-Leiter Schlolaut-Liegnitz der jetzt zur Kommunistischen Partei übergetreten ist, spricht am Donnerstag

dem 13. Oktober, um 20 Uhr im „Schießwerder“

## Freie Aussprache

Insbesondere die Mitglieder der SPD. und SAJ. sind eingeladen.

Abmarsch aus den einzelnen Stadtteilen um 19 Uhr. Sammelplätze sind: Ost: Brockauer Platz, Nordost: Hirsch-, Ecke Bockstraße, Nord: Weißenburger Platz, West: Striegauer Platz, Zentrum: Wallstraße, Ecke Königsplatz, Süd: Friedrich-, Ecke Gräbschener Straße.

## „Die Matrosen von Cattaro“

Uraufführung im Roberttheater

Dieses Schauspiel — von dem Autor von „Chantali“, Friedrich Wolf, stammend — handelt von einer Matrosenrevolte in der L. u. L. Kriegsmarine Oesterreichs, die sich Anfang des Jahres 1918 zugetragen hat. Es ist — endlich — ein Stück, zu dem man laut und vernehmlich „Ja“ sagen kann.

Von den Matrosen von Cattaro ging das Signal zur Erhebung gegen den imperialistischen Krieg, für Freiheit und Frieden und Gerechtigkeit aus, so wie 1917 in Rußland und im Herbst 1918 in Deutschland revolutionäre Matrosen es waren, die als erste den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufnahmen. Aber die Revolte in Cattaro verpuffte, die Matrosen gingen an ihrer Uneinigkeit zugrunde.

In der Mannschafstube des „St. Georg“. Vier lange Jahre schon befahren die Matrosen die Meere, ohne die Heimat gesehen zu haben. Die Offiziere, die keine Rot leiden, Selt trinken und Frauen an Bord haben, behandeln sie wie zweibeinige Tiere. Ihr Leben ist schlecht, Würmer sind drin, das für sie bestimmte Fleisch wandert in die Offiziersküche. Da hören sie von Streiks und Erhebungen der Arbeiter in Wien und anderen Städten, ein gerade zurückgekehrter Urlauber — der Matrosen Franz Rasch — bestätigt es. Er bringt die Forderungen der Arbeiter mit. Sie verfassen eine Resolution, die sich ihnen anschließt. Kameraden bringen sie auf die anderen Schiffe.

Der Leutnant — er hat eine sozialdemokratische Zeitung entdeckt — beschließt Strafexzieren. Und diese Exzieren, wo die Matrosen mit Bürsten, so klein fast, als ob es Zahnbürsten wären, das Deck schrubben müssen — diese einzige Szene schon rechtfertigt das Vorzeichen der Matrosen. Der Leutnant, ein typisches Schwein in Offiziersuniform, tritt und schikanieren die Mannschaften, als ob sie ausläsige Hunde wären. Und als er den ersten Funken des Widerstandes spürt, beschließt er dem Matrosen Rasch: „Die Karis untersuchen!“ Und er findet die Resolution, die der alte Toni im Munde versteckt hielt. Der Name der Unterzeichner kann er nicht mehr habhaft werden, diesen Teil des Zettels hat der Matrose verschluckt.

Die Mannschaften der anderen Schiffe haben sich indessen solidarisch erklärt. Als Toni abgeführt werden soll, bricht der Sturm los. Im Nu sind die Offiziere entmachtet, ohne daß ein Schuß gefallen wäre. Unter dem Begeisterungssturm und herrlichen Verbrüderungsgeiern der Mannschaften wird die L. u. L. Kriegsschlage niedergeböhlt und auf allen Schiffen die rote Fahne gehißt. (Als der rote Wimpel aufgezo-gen wird, bricht im Theater ein spontaner Beifallssturm los.)

Und nun, nun kamen kritische Stunden, denen die Matrosen nicht gewachsen waren. Nachdem sie in prächtlichem Eilan ihre Peiniger begnadigten, wollten Rasch und seine Freunde, daß die Flotte ausfahren sollte. Nach Pola, um sich mit den Mannschaften der übrigen Kriegsschiffe zu verbrüdern. „Sie werden nicht auf uns schießen, unsere Kameraden“, heißt es. Aber die Matrosen sind nicht einig. Kostbare Stunden verbringen sie mit Beratungen, indes der Gegner handelt. Müde des Krieges, wollen die meisten nach Hause. Stundenlang wird diskutiert, welche Jahrgänge zuerst abmusteren dürfen. Andere wieder wollen auf ihre Abgetriebenen warten. Und dann ist die Kriegsschiffe da. Nicht mit roten Fahnen — unter der kaiserlichen und königlichen Fahne! Der Matroserrat berät, ein heuchlerischer, läugerischer Vorgesetzter nutzt die Meinungsverschiedenheiten unter ihnen aus, sichert Strafreiheit zu, spricht von Dummjungenstreichen. In diesem Augenblick spricht Rasch die mutigen Worte: „... Wir werden die Offiziere zwingen, ihren Mannschaften zu befehlen, auf uns zu schießen. Und wenn wir auf dem Boden der Ducht von Cattaro liegen werden, Kameraden, die Schiffe von Cattaro werden ebenso durch die Länder dröhnen wie 1917 die Schiffe von Kronstadt. Darum, Kameraden, nicht die Sache vernebeln und die Entscheidung verschieben! Die Entscheidung verstärken!“ Unisono! Die Mehrheit erklärt sich zur Unterwerfung bereit. Rasch und drei Kameraden werden verhaftet. Ungewöhnlich sind ihr Mut und ihre Ueberzeugung. Rasch erwidert einem Offizier auf die Bemerkung: „Das ist nun das Ende!“, „Nein, das ist nicht das Ende, das ist erst der Anfang!“ — Hier endet das Spiel. Die Geschichte hat ihm recht gegeben.

Am 11. Februar 1918 wurden Rasch und drei Kameraden als Mädelführer an der Friedhofsmauer von S. La Jari bei Cattaro wegen Empörung erschossen.

Das ist die Geschichte der Matrosen von Cattaro. Friedrich Wolf hat sie in vorbildlicher Weise gestaltet, es weht ein heiser Atem durch das Stück, von dem eine Wirkung ausgeht, der sich keiner entziehen kann. Aber es geht vor ein proletarisches Publikum, das die Räte und Sorgen seiner Klassenbrüder von Cattaro besser begreifen kann als die Masse der verschwommenen Kleinbürger. Die das Theater füllte und bei ernstern Stellen in dumme Gähnen ausbrach.

Die Aufführung unter Leitung von ... hat wie in dieser ... Ohne falsches Pathos ist er einfach der Führer der Kameraden, der für sie denkt, handelt und am Ende sein Leben opfert. Ebenso wie bei ihm ... es bei Hermann Kretz ...

Kiefer Menschel und Jnger, die mit einer Gut der Ueberzeugung spielten, die kein Spiel mehr, sondern die eigene Sache ist. Das fühlte man jeden Augenblick. Auch die anderen Rollen sind sämtlich in guten Händen: Demel, Malten, Reiff und Grüters tragen gleichfalls zum Erfolge bei. — Der Abend vermittel ein tiefes und nachhaltiges Erlebnis. Jeder, der es möglich machen kann, sollte sich dieses Stück ansehen.

## Fadheitsrekord im Thalia-Theater

„Man kann nie wissen.“ Komödie von Bernard Shaw.

Man kann nie wissen — mag sich Herr Intendant Barnas bei der Ausgrabung dieses Stückes gesagt haben —, ob nicht das urteilslose Breslauer Publikum selbst an dieser nichtspiegelnden Komödie seine Freude haben wird. Wir sind der Auffassung, daß es nicht sehr für einen Theaterleiter spricht, wenn er auf den schlechten Geschmack und die Bedürfnislosigkeit des Publikums spekuliert. Die uns im Thalia-Theater servierte Komödie von Bernard Shaw ist eine dümmelblätige, fade Angelegenheit, von der wir zur Entschuldigung des Autors annehmen wollen, daß er sie in seinem Stimmbruch-Jahren, also um etwa 1870 herum, geschrieben hat. Leider ist das im Programmheft nicht angegeben, weil es die Intendanz für wichtiger hält, die Spalten dieses reichlich kostspieligen Heftchens mit Anekdoten über den Autor zu füllen, statt Angaben über das Stück zu bringen. Zu der Katastrophe des Stückes kommt die der Inszenierung. Abgesehen von Herrn Frank, der mit gewohnter Leichtigkeit seinem Jagnarzt Valentin ein gewisses Gesicht gibt, und vielleicht noch Herrn Habel, der aber trotzdem in seiner Vaterrolle reichlich farr bleibt, sind sämtliche Rollen in falschen Händen. Ein solches Ausmaß von Fehlbesetzung ist so bald noch nicht dagewesen. Fernab Kiefer lief herum, als ob sie ein Linal verflucht hätte. Herr Schramm und Emil Stöhr mochten trampfhaft auf „nedlich“, ein auf die Dauer direkt peinlicher Anblick. Harry Förster als Rechtsanwalt blaß, sublimales Karl Eberhart, den wir als Gestalter lastiger Komixtypen schätzen, hatte einen Justarat auf die Beine gestellt, der wie ein ungewollter Witz am meisten farblos diesmal auch die begabte Raja Sering. Das ganze schief fast aus wie Mletantentender in Finne an der Mutter. Eine sterbenslangweilige Angelegenheit, von Viktor Sorban inszeniert. Wir haben den lebhaftesten Wunsch, eine bewertig vollesche Limonade nie mehr vorgelegt zu erhalten. Oder hat der Intendant noch mehr solche Kadetten auf Lager? Man kann nie wissen ...



# Waldenburger Bergland

## Erwerbslosenversammlung beschließt Kampfmaßnahmen für Winterbeihilfe und Bescheidung der Bezirkskonferenz

In der am Dienstag, 4. November, in Ober-Salzbrunn im „Auriferum“ tagenden Erwerbslosenversammlung referierte Gen. Sellig vom Kreis-Erwerbslosenausschuss vor circa 100 Versammelten über das Thema „Der Kampf um Arbeit und Brot“. In seinem zweistündigen Referat beleuchtete der Referent sehr eingehend die Wirtschaftslage im nationalen und internationalen Maßstabe und die sich daraus ergebende Steigerung des Erwerbslosentums. Ausgehend von dem Produktionsprozess, müssen diese Millionen erschaffen, wie durch Abbau der königlichen Unterhaltungsämter sich ihre Lebenslage von Tag zu Tag verschlechtert. Hinzu kommt, daß zu allem Glanz noch die Erwerbslosen bis zum äußersten schikanieren werden. Eine weitere Schikane ist auch das Verhalten des Arbeitsamtes Waldenburg, welches trotz der Forderungen der Erwerbslosen nicht daran geht, die Stempelkontrollen in den Gemeinden einzuführen. Der Befehl, der dem Vortrag folgte, bewies, daß der Referent im Einverständnis der Kollegen gesprochen hatte. Nach einstimmiger Annahme von Anträgen auf Winterbeihilfe gelobten die Versammelten, den schärfsten Kampf für die Forderungen zu führen. Einstimmig wurde Kollege Kästner als Delegierter zur Bezirkskonferenz gewählt. Im großen und ganzen zeigte die Versammlung, daß auch die Erwerbslosen in den Gemeinden des Kreises Waldenburg aus ihrer Passivität zur Aktivität übergehen.

### Kreiskonferenz der Erwerbslosen

Am 30. Oktober tagte im „Eckstein“, Waldenburg, eine von acht Orten durch 16 Delegierte besuchte Konferenz des Erwerbs-

losenausschusses des Kreises Waldenburg. Kollege Sellig behandelte sehr eingehend die nächsten Aufgaben der Erwerbslosenausschüsse, deren Aktivität infolge der immer schärfer sich ausprägenden Situation stärker hervortreten muß. Besonders wichtig ist die Agitation und Organisierung des Zeitungswertverkaufs und die stärkere und festere Zusammenfassung der Erwerbslosen. Ein besonderes Aufgabengebiet ist die Vertretung der Wohlfahrts-Erwerbslosen, weil gerade dieser Teil den größten Schikanen der Fürsorgebehörden ausgesetzt ist, was schon so weit geführt hat, daß diese Wohlfahrts-Erwerbslosen zu Wohnbrüderarbeiten gezwungen werden. In der Diskussion, an der sich fast alle Kollegen beteiligten, kam sehr deutlich zum Ausdruck, daß der kommende Winter ungeheure Aufgaben an die Erwerbslosenausschüsse stellen wird. Besondere Maßnahmen sind der Kampf gegen die Pflichtarbeit in den Gemeinden und die Einführung der Stempelkontrollen in den Gemeinden. Nach einer ausführlichen Debatte über die Bescheidung der Bezirkskonferenz wurde die vom guten Kampfesgeist getragene Konferenz geschlossen.

## RGÖ. Waldenburg

Im „Eckstein“ um 18 Uhr Ortsführung der RGÖ. und der engeren Industriegruppenleitung Bergbau.

## Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront gegen die Armen

Die letzte Gemeindevorstandssitzung in Lehmwasser stand im Zeichen größter „Sparsamkeit“. Unter Bauangelegenheiten wurden Anträge zwecks Reparaturen von Wohnungen gegen unsere Zustimmung von der Mehrheit abgelehnt. Unter Wohlfahrtsangelegenheiten beantragten einige ausgeteuerte Erwerbslose Hilfsbedürftigenunterstützung. Die bürgerlich-sozialdemokratische Gemeinschaft hatte so viel „Sozialverständnis“, den erbärmlichen Hungerlohn von 7 Mark und 11,40 Mark anzuerkennen. Unsere Forderung von 25 bis 30 Mark zu bewilligen, wurde wieder mit dem alten Gerede, daß wir nur durch Sparsamkeit wieder hochkommen können, abgelehnt. Unser Genosse Vennemich sprach über die Ursache der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends und zeigte den Anwesenden, daß wir nur durch außerparlamentarischen Kampf die Lage der Arbeiterklasse bessern können. Herr Fabrikbesitzer Fischer fühlte sich berufen, „aufklärend“ über Sowjetrußland zu wirken. Er verzapfte die aufgewärmten Lügen, die man in der Hugenberg-Preße und der „Drednacht“ tagtäglich vorfindet. Die erwerbslosen Wohlfahrtsempfänger hatten einen Antrag eingebracht auf eine einmalige Winterunterstützung. Dieser Antrag wurde von der bürgerlich-sozialdemokratischen Gemeinschaft mit folgender „Begründung“ zurückgestellt. Die sozialdemokratische Gemeinschaft brachte einen Antrag ein, in welchem für 51 Hilfsbedürftige zur Beschaffung von Wintervorräten 600 Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Da kann man sich ein Bild machen, was für jeden der noleidenden, Hilfsbedürftigen Empfänger herauskommen wird. Genosse Köppler rechnete mit den Arbeiterfeinden gründlich ab, besonders mit dem Fabrikbesitzer Fischer. Fischer war darüber so empört, daß er glaubt, er müßte dafür unsere Genossen Köppler in der erbärmlichsten Weise beschimpfen.

Diese Herren sind nur da, wenn es heißt, die Dienstgehälter der Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher zu erhöhen. Aber es wird die Zeit kommen, wo ihr Treiben ein Ende haben wird, wo man mit ihnen Abrechnung halten wird; dessen können die Herrschaften versichert sein.

### Wieder zwei Tote für das Grubenkapital in Waldenburg

Auf dem Juliusacht wurden in der Nachtschicht durch Pfeilerbruch drei Bergleute verunglückt. Einer von ihnen, der Hauer Heumann aus Weißstein, wurde bald mit einer Beinquetschung geborgen. Die beiden anderen Bergleute, der 33jährige ledige Hauer Kubitzky und der 23jährige ledige Hauer Bengler, aus Waldenburg-Altstadt, konnten nach schwierigen, vieltägigen Bergungsarbeiten nur noch als Leichen geborgen werden.

Auf dem Schwesternschacht in Fernsdorf ging in der Nachtschicht plötzlich eine Schwebelbahn zu Bruche. Der Hauer Erik Geier aus Weißstein wurde bis zum Kopfe von dem herabstürzenden Gestein begraben. Man mußte ihn schwerverletzt bergen.

**Weißstein**  
**Wo die Polizei nicht zur Stelle ist**  
Am Sonntag fand die von der Ortsgruppe Weißstein der KPD. angelegte Revolutionsfeier statt. Dieselbe wies einen Massenbesuch auf. Aber neben den revolutionären Arbeitern waren auch die Krims und die Schupo aufmarschiert. Man hatte wahrscheinlich sämtliche verfügbaren Kräfte der Polizei von Weißstein herangezogen und sie

auf das Lokal konzentriert. So konnte es natürlich vorkommen, daß 500 Meter weiter nach der Polizei geschrien wurde, dieselbe aber unsichtbar blieb. In der Gemeindegasse war um 22 Uhr eine Schlägerei, die einen größeren Aufstand verursachte. Wir möchten doch der Polizei und ganz besonders den Herren Kriminalbeamten empfehlen, sich um Sachen zu kümmern, die notwendig sind, und nicht, wie bei jeder Gelegenheit, Arbeiter zu beschimpfen und zu provozieren.

## Freiburg Erwerbslosennot im Stadtparlament SPD. und Bürgerliche wollen sich drücken

In der letzten Stadtverordnetenversammlung stand im Mittelpunkt der Verhandlung der kommunalistische Antrag, den Erwerbslosen ausreichende Hilfe zuteil werden lassen. Dieser Antrag war natürlich, allen übrigen Parteien sehr unangenehm, weil der kommunalistische Antrag den Abbau aller über 5000 Mark Jahresgehalt beziehenden Beamten vorab und gleichzeitig verlangte, daß durch ein Darlehen aus der Beamtenpensionskasse die finanzielle Durchführung unseres Antrages gesichert werden sollte.

Der SPD-Vertreter versuchte, unseren Antrag als planlos zu diskreditieren, und betonte weiter, daß gewartet werden sollte bis nach der Reichsausschüttung. Während sich die SPD. sonst nicht genug tun kann im Problem mit ihrer Fürsorge für die Erwerbslosen, stellt sich immer gleich die Verlogenheit dieser Praxis heraus, wenn es darauf ankommt, durch Taten zu beweisen, wie sie zu den Erwerbslosen stehen. Die SPD. hatte weiter beantragt, daß der Magistrat beim Landesarbeitsamt dafür eintraten soll, daß die Freiburger Erwerbslosen im Alter von 21 bis 25 Jahren in den Genuß der Fürsorge kommen. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

Dann kam ein Submissionsantrag zur Beratung, der unseren Genossen Unlaf bot, scharfe Kritik an dem vom Magistrat gebilligten Verfahren zu üben.

## Wüstegiersdorf Pastor Euhner als Gegner gegen die KPD.

Man schreibt uns: Vor kurzem hielt, wie wir erst jetzt erfahren, der Pastor Euhner im evangelischen Finglingebere ein Vortrags über „Bolschewismus“. Da dieser Diener Gottes keine Meinung vom Kommunismus hat, war sein Vortrag natürlich nichts anderes als eine wilde Heze wegen der Stellungnahme der Volksherrschaft zur Kirche. Der Grund hierzu ist sehr leicht zu verstehen; er weiß, daß in einem Sowjetdeutschland sein heutiges herrliches Leben vorbei sein würde. Da könnte er nicht mehr auf Kosten der Armen Autoreisen in die Alpen unternehmen, und noch auf manche andere Annehmlichkeiten müßte er dann verzichten. Deshalb kann man es schon verstehen, daß er seine Jünglinge vor dem Bolschewismus „warnen“ muß. Aber er mag sich beruhigen. Der Vormarsch der Kommunisten wird er deshalb nicht aufhalten, dieser wird weiter vorwärtsgen, und Herr Pastor Euhner wird die Zeit noch erleben, wo ihm selbst seine Jünglinge den antibolschewistischen Koffel nicht mehr glauben werden.

## Schweidnitz Abbau von städtischen Beamten in Schweidnitz

Schweidnitz, 8. November. 150 städtische Angestellte haben vom Magistrat ein Schreiben erhalten, das die Kündigung des Dienstverhältnisses für den 31. März 1931 vorseht. Wie vom Magistrat dazu erklärt worden ist, hat die Kündigung nur den Zweck, die Herabsetzung des Gehalts um 6 Prozent durchzuführen, wie sie durch Erlass des Reichsfinanzministers vom 4. Oktober vorgegeben sei. Aus einem Nachsatz des Kündigungsbescheides geht aber hervor, daß es sich um die Auflösung des Dienstverhältnisses handelt.

wir fest, daß man dies von der Klosterranlage seines Hauses nicht behaupten kann. Dort strukt es tatsächlich zum Himmel.

An der Haltung der Parteien könnt ihr, Proleten und Klein-gemeinderatende, wieder einmal sehen, wie die Wirtschaftspartei, Demokraten, Zentrum, Christen usw. eure Interessen mit Füßen treten. Kommt in unsere Versammlung am Freitag, dort werden wir den Weg zeigen, der beschritten werden muß.

## Antifaschisten müssen brummen.

Im Februar dieses Jahres bezog ein Trupp Nazis auf der Landstraße bei Köhlitz eine Tracht Prügel. Endlich hatten sie einen Grund, vier ihnen bekannte Kommunisten zu verhaften und bei der Polizei anzugeben. Bei dem ersten Termin im Juni mußte selbst das Gericht zwei unserer Genossen freisprechen, während Genosse Or. zu drei und H. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Gegen das Urteil hatten sowohl unsere Genossen als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Bei der erneuten Verhandlung marschierten wieder als Zierden des Staatsanwalts fünf Nazi-Fänglinge auf, die an Traumbervorfaltungen leiden. Natürlich erscheinen sie dem Gericht als „gläubwürdig“, während die edlichen Auslagen der drei Entlastungszeugen unwahrscheinlich sind. Der Staatsanwalt beantragt gegen die Angeklagten 5 und 4 Monate. Während die Nazis angeklagt gewesen, hätte das Plädoyer sich anders angehört. Rechtsanwalt Dr. Joseph forderte Freispruch. Als im Schlusswort Genosse Or. näher auf die Praxis des Gerichts einging, fühlte sich der Vorsitzende auf die Hüften augen getreten. Nach vierstündiger Verhandlung wird folgendes Urteil verkündet: Beide Berufungen werden verworfen. Der Mitglied einer antifaschistischen Organisation ist, muß brummen. Arbeiter! Tretet ein in den Kampf und!

## Aus dem Riesengebirge Protestkundgebung gegen Polizei

Gegen die ungerechte Verhaftung von fünf Schmiedberger Genossen veranstaltete die „Rote Hilfe“ eine Protestdemonstration am Rathaus sowie anschließend eine Protestversammlung im „Stollen“. Die ganze Polizei der Umgebung war aufgebunden worden und mancher der Herren Beamten bekam wohl ein wenig Angst, als er den ungeheuren Demonstrationszug erblickte. Hilflos quetschte sich die ganze Meute in eine Rathausede, als ein Genosse zum scharfen Protest das Wort ergriff. Mit eiserner Ruhe und Disziplin schloß sich der Zug dann wieder in Bewegung. Kurz nach Eröffnung der Versammlung erschien die Polizei in Stärke von 16 Mann. Genosse Preis hielt das Referat. Unter der Wucht der schweren Anklage wurde dem Kommissar und seinen Helfern ganz schamlos zumute, so daß sie sich hinter den Schantisch schückten. Aus lauter Verlegenheit nahm er Papier und Bleistift und rechnete sich aus, was der feige Überfall auf die Mitgliederversammlung eingebracht hat. Reichen Beifall erntete Genosse Preis für seine Ausführungen, und unter dem Gesang der Internationale fand die glänzend verliefene Versammlung ihr Ende.

# Niederschlesien

## Bunzlau

### Revolutionsfeier in Bunzlau

Zum Jahrestage der proletarischen Revolution unserer russischen Brüder veranstaltete die Ortsgruppe des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands eine öffentliche Versammlung, die erhöhte Bedeutung dadurch erhielt, daß der ehemalige Führer der Jungsozialisten in Liegnitz, Genosse Scholaut, sein Bekenntnis zur Kampforganisation der KPD. wiederholte. Mit dem Kampfgruß „Rot Front“ begrüßt, nahm er das Wort zu seinem Vortrag. Ausführlich schilderte er den Grund, welcher ihn zu seinem Schritt bewogen hatte, und erläuterte eingehend, wie die SPD. den Boden des revolutionären Klassenkampfes verlassen habe. Nach scharfer Abrechnung mit den dafür verantwortlichen Führern der SPD. wies er den Klassenbewußten Genossen der KPD. den einzig richtigen Weg, wenn es ihnen ernst ist, wirkliche Kämpfer für den Sozialismus zu werden. Dies sei nur möglich dadurch, daß sie der KPD. den Rücken lehnen und Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands werden, wie er selbst nach reiflicher Überlegung dies getan. Die Versammlungsteilnehmer bewiesen durch stürmischen Beifall ihr volles Einverständnis mit seinem Vortrag. Anschließend sprach Genosse Preis, Breslau, und gedachte in herbeiten Worten der Siege der russischen Arbeiterschaft und veranschaulichte die Gegenätze zwischen Deutschland und Rußland. Hier maßloses Elend und grenzenlose Not, dort der Aufstieg der Arbeiter durch Befreiung der Erwerbslosigkeit unter der Sowjetunion. Er freifte ferner die augenblicklichen Verhältnisse in Wien, und charakterisierte scharf den Verrat, den dort ebenfalls die Sozialdemokraten betreiben. Redner ging dann noch auf die Vorgänge des 22. August in Bunzlau ein und erinnerte an die Herrrolle des sozialfaschistischen Landrats, dessen Helfer in der Versammlung anwesend waren, die aber unter den wuchtigen Anklagen vorzogen, die Versammlung nichtartig zu verlassen. Am Schluß seiner Ausführungen gedachte Genosse Preis nochmals der Opfer des 7. November 1917, deren Andenken die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrte. Hieran schloß sich das Kampfgedächtnis der Klassenbewußten Bunzlauer Arbeiterschaft.

unter Führung der KPD. den endgültigen proletarischen Sieg zu erringen. Einzelne SAJ.-Mitglieder, die sich der Ehreung der Opfer der proletarischen Revolution nicht anschlossen, bewiesen durch ihr Verhalten, daß leider noch sehr viel Unkenntnis bei ihnen herrscht, und es gewaltiger Aufklärungsarbeit in diesen Reihen bedarf.

## Marklissa Wie lange noch?

A. R. Als Menschen zweiter Klasse werden hier die Erwerbslosen behandelt. Das Ansehen ist hier keine Seltenheit. Man versucht erwerbslose Männer nicht Frauen zu elenden Arbeitsbedingungen zu verwickeln, an die Elektrofirma Wellmüß oder zu dem Rittergutsbesitzer und Zergilmagnaten Teichgräbner. Wer nach Tschilowa fragt, wird mit Begründung der „Arbeitsverweigerung“ dem Arbeitsamt gemeldet und erhält keine Unterstützung mehr. Das Schöne bei allem ist die „äußerste Pünktlichkeit“ der Beamten der Arbeitsvermittlungstelle Marklissa. Es kommt vor, daß man statt um 9 Uhr schon um 10 Uhr früh da ist. Die Proleten müssen also schon eine Stunde warten, ehe die Hungererfennige gebracht werden. Diesen Zustand zu ändern, wird Aufgabe der Erwerbslosen sein.

## Liegnitz Steuerer in Liegnitz noch einmal verlag

In der Sitzung vom 6. November wurde die Antwort auf die Eingabe der Rotgemeinschaft wohl überreicht, aber nicht verlesen, sondern in einen der Ausschüsse zur Beerdigung gegeben. In einer Dringlichkeitsvorlage werden 10 000 Mark für Hochwasserschäden gefordert, die auch bewilligt wurden. Die Schützengilde fordert für ihr Jubiläum im Sommer die Benutzung des Haages kostenlos. Unser Genosse Hoppe stellt den Antrag, daß die Gilde bei dem Repp, dem sie bei dem Fest machen wird, mindestens 1000 Mark dem Wohlfahrtsrat überweisen soll. Der Vertreter der Gilde glaubt zuzugestimmen. Der wichtigste Punkt war wohl die Bewilligung der Steuerer. Obwohl für Liegnitz nicht der Antrag zur Einführung besteht, will man doch die eventuell einkommenden 200 000 Mark zur Deckung des dreimal so großen Defizits nehmen. Die SPD. lehnt die Steuer ab, doch mit dieser Welle wird sie in Liegnitz keinen Klammern gewinnen. Genosse Hoppe wendet sich ganz entschieden gegen diese neue Ausplünderung der Armen. Er sagt, wo das Geld zur Deckung hergenommen werden kann: u. a. sind die hohen Gehälter bis auf 6000 Mark zu kürzen. Er macht bekannt, daß die KPD. die Kommunisten für den Kampf und den Steuerfreiz schaffen wird. Nachdem unser Redner gesprochen hatte, wurde von der SPD. Vortragsantrag gestellt und auch bewilligt. Bei einer Vorlage betreffend Dornschule stellt Badermeister Jänsch fest, daß die Sozialisten dort jetzt nicht mehr beachtet werden können, doch sollen

## Zeitungs-Kolportage, Zeitungs-Werber!

Schreibt eure bisherigen Erfahrungen bei der Abonnentenwerbung nieder und sendet uns einen kurzen Bericht ein. — Macht uns Vorschläge, welche Methoden weiter zu einer erfolgreichen Werbung geeignet sind. Wir prüfen diese Vorschläge und werden sie nach Möglichkeit, damit sie auch in den anderen Orten verwertet werden können. — Nur Ihr, die Ihr in der täglichen Werbearbeit seid, könnt uns die Erfahrungen sagen. Der Verleger.



# Nur die eiserne revolutionäre Front vernichtet den Faschismus

## Gemeinsame Erklärung der K.P. Oesterreichs und Deutschlands

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Oesterreichs und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands haben zu den Wahlen in Oesterreich, die im Zeichen des Kampfes gegen die unmittelbar drohende offene faschistische Diktatur vor sich gingen, gemeinsam eine Erklärung an das werktätige österreichische Volk erlassen. Die Erklärung, die vor den Wahlen erschien und in Oesterreich in Massen verbreitet wurde, ist ein Dokument von großer politischer Bedeutung.

Wir entnehmen dieser Erklärung folgende Absätze:

An die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in Oesterreich! Klammert euch an die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in Oesterreich, die kurze Zeit nach den deutschen Reichstagswahlen stattfinden, sind von größter Bedeutung für das Proletariat und alle Werktätigen in Oesterreich und Deutschland wie in allen übrigen Ländern. Mit stärkster Anteilnahme verfolgt das deutsche Proletariat und die Arbeiterklasse der ganzen Welt den Kampf des österreichischen Proletariats.

Der Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die faschistische Diktatur und die imperialistische Verflawung ist untrennbar verbunden mit dem revolutionären Kampf des werktätigen Volkes für die soziale und nationale Befreiung.

Der Raubfriede von Saint Germain, der die Deutschen in Südtirol unter die Botmäßigkeit des italienischen Imperialismus presste und die 6 1/2 Millionen Deutsch-Oesterreicher jedes Recht auf Selbstbestimmung beraubte, ist die Ergänzung und Fortführung der imperialistischen Verflawung des deutschen Volkes durch den Schandvertrag von Versailles. So wie auf den Versailler Raubfrieden der Dawesplan und der ränderische Youngplan folgten, so wurden die werktätigen Massen Oesterreichs nach Saint Germain durch die imperialistische Finanzkontrolle des Völkerbundskommissars Jimmermann der Genfer Sanierung und später durch die Antifaschistische der Schöber-Regierung immer größeren Belastungen unterworfen.

Die Kommunisten Oesterreichs und Deutschlands erklären feierlich:

Wir lehnen den Raubfrieden von Saint Germain ab und kämpfen mit allen Kräften für seine Zerstückelung und Annullierung. Wir kämpfen für die Abschaffung der Tributzölsteuer und die Annullierung aller Schulden an das ausländische Finanzkapital!

Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen den Anschluß eines kapitalistischen Oesterreichs an das kapitalistische Young-Deutschland, der nur die Ausbeutung und Unterdrückung durch die eigene Bourgeoisie festigen und vermehren könnte. Das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes kann nur durch das gemeinsame Ringen der ausgebeuteten Massen Deutschlands und Oesterreichs im revolutionären Kampf für Sowjetdeutschland und Sowjetösterreich erobert werden.

Wir begrüßen auf das lebhafteste die Programm-erklärung der K.P.D. zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, in der es heißt:

„Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteils an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.“

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.“

Wir erklären uns für den Anschluß eines kommenden Sowjetösterreich an Sowjetdeutschland kraft des freien Entschlusses der werktätigen Massen Oesterreichs.

Sozialdemokratische Arbeiter, Klammert euch an die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in Oesterreich!

nationale Befreiung, für den Sturz der Bourgeoisie und den Sturz der faschistischen Diktatur Seite an Seite mit den Kommunisten brüderlich zu unterstützen. In dieser Stunde, da die offene faschistische Regierung der Seipel und Starhemberg zum brutalen Angriff gegen alle Ausgebeuteten in Stadt und Land übergeht, sagen wir euch: Erkennt, wer der Hauptschuldige war, daß der Faschismus in Oesterreich so frech und offen sein Diktaturregime aufrechten konnte! Erkennt, wer die Hauptschuld trägt, daß die feige und verkaufte österreichische Bourgeoisie wagte, die Schöber-Regierung und darüber hinaus die offene faschistische Regierung der Heimwehr und der Christlich-Sozialen einzusetzen.

Das war nur möglich dank der Mithilfe der Sozialdemokratie, die nach dem November 1918 die proletarische Revolution verriet, die nach dem 15. Juli 1927 die kämpfende Arbeiter-

schaft schändlich verkaufte, die durch ihren geheime Post bei Schöber-Regierung zur Macht verhalf und die jetzt feige und schändlich vor der offenen faschistischen Diktatur kapitulierte und ihr die Waffen der Arbeiterklasse auslieferte.

Wir rufen die Otto Bauer, Friedrich Adler, die Renner und Deutsch als die Wegbereiter des Faschismus in Oesterreich an!

Gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Deutschlands hebt höher das Banner des internationalen unbestechbaren Marxismus, das von den sozialdemokratischen Führern beider Länder und der ganzen Welt in den Schmutz gezerrt wurde.

Werktätige in Oesterreich und Deutschland! Schließt die Front zum gemeinsamen Kampf!

Nieder mit dem Faschismus!

Nieder mit der faschistischen Diktaturregierung Bauglins, Seipels, Starhemberg und dem Diktaturkabinett Brüning!

Nieder mit den sozialfaschistischen Verrätern an der Arbeiterklasse, den Wegbereitern des Faschismus!

Zerschmettert das imperialistische Joch von Versailles und Saint-Germain!

Für das Bündnis mit der Sowjetunion!

Für Sowjetdeutschland!

Für Sowjetösterreich!

Für den Anschluß Sowjetösterreichs an Sowjetdeutschland!

Für Arbeit, Brot und Freiheit!

### Mussolinis Terrorherrschaft erschüttert

## Die Katastrophe des „Dritten Reiches“ naht

Die antifaschistischen Kräfte stoßen vor — Arbeiterkämpfe gegen Lohnraub Steuerfreit der bäuerlichen Bevölkerung — Die illegale K.P. Italiens wächst — Ihre Flugblätter werden zur täglichen Arbeiterlektüre

Von der italienischen Grenze, 8. November. Die revolutionäre Bewegung in Italien greift trotz verzweifelter Terrormaßnahmen Mussolinis immer weiter um sich. Die Radikalisierung der unterdrückten Arbeiter und Bauern wächst angesichts der Wirtschaftskatastrophe ungeheuer rasch. Die antifaschistischen Kräfte stoßen immer höher vor und versuchen, durch die Entfesselung einer Massenbewegung aus dem Dunkel der Illegalität herauszukommen.

In den letzten Tagen kam es in allen Industriegebieten zu größeren Streikbewegungen. Die Kämpfe standen teilweise direkt unter Führung kommunistischer Betriebszellen. Sie richteten sich in erster Linie gegen die schändlichen Lohnkürzungen in allen Betrieben, die teilweise bis zu 40 Prozent betragen. Die Arbeiter erklären, sie hätten keine Lust, die Kosten der schweren Wirtschaftskrise des verhaßten faschistischen Systems zu tragen. Die illegale Flugblätter der K.P. Italiens gegen das faschistische Regime und über die gute Lage der Arbeiterklasse in der Sowjetunion finden Massenverbreitung und werden zur Tageslektüre der italienischen Arbeiterschaft.

In Turin kam es zu schweren Zusammenstößen der Streikenden mit der faschistischen Miliz, in Mailand zu Erwerbslosenunruhen. Auch in vielen Dörfern gehen die Bauern zur Verjagung der Steuerintendanten über.

Mussolini läßt in ganz Italien Reggien nach Antifaschisten vornehmen. Neben hundert von Arbeitern wurden auch 20 Intellektuelle, Professoren und ehemalige Staatsbeamte

wegen Verbreitung von Flugblättern bei der letzten Mussolinis Rede verhaftet. Fast täglich stehen jetzt revolutionäre Arbeiter wegen Weiterführung der verbotenen K.P. Italiens vor dem Sondertribunal; doch kommt es auch immer öfter vor, daß faschistische Beamte bei Hausdurchsuchungen das verdächtige Material oder die verdächtige Person „nicht finden“. Unter der von Mussolini neu aufgestellten faschistischen Armee von 200 000 Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren, die einen Schwur auf den Faschismus leisteten, wurden bereits viele Verhaftungen wegen „antifaschistischer Umtriebe“ vorgenommen.

### Trotz Lappo-Diktatur Oktoberfeiern in Finnland

Helsingfors, 8. November. In vielen Städten Finnlands fanden aus Anlaß des 13jährigen Bestehens der Sowjetunion Kampfabendungen der Arbeiterschaft statt, in einigen Arbeitervierteln auch Demonstrationen.

Die Geheimpolizei hat in den letzten Tagen zahlreiche Führer und Arbeiter der verbotenen linken Bewegung verhaftet und Massendurchsuchungen vorgenommen. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten in Tammerfors, Wasa, Kuopio und Helsingfors. Laut dem Bericht der Geheimpolizei wurde bei den Hausdurchsuchungen viel Propagandamaterial für den 7. November beschlagnahmt.

In Ägypten haben Mahmud Pascha für die Liberalen und Nafas Pascha für die Wafdpartei den Boykott der bevorstehenden Parlamentswahlen angekündigt.



(Copyright © Internationales Arbeiter-Büro, Berlin.)

35. Fortsetzung.

„Drauf!“ Knochen trachen wie morsches Holz. Ein Menschenknäuel rollt ächzend über die Erde. Ein Arbeiter und ein Grüner. Die Hände ohne Gewehre in die Höhe verkrallt. Die Beine schlagen um sich, die Augen quellen blut und blutunterlaufen aus den Höhlen. Haß gegen Haß. Der Gewehrloiben eines hinzuspringenden Arbeiters faßt herunter. Der Kopf des Grünen kracht, die Fäuste des Sterbenden krallen sich im Todesstampf tief in den Lebenden hinein. Der schreit vor Entsetzen, blutbespritzt. Man reißt den Toten von ihm los.

„Weiter! Weiter!“ Von der Straße her geht ein Horn. Die Internationale. Eine graue, hastende Masse wagt den Berg nach Essen hinauf. Die Sonne spiegelt sich in den Gewehren. Die Grünen können nicht aus dem Viehhof heraus. Korn, von der Straßenseite her, kommen die Arbeiter aus dem östlichen Stadtteil. Die Grünen reden, läßt im Gesicht ihre Arme, sie zittern und betteln. Sie erwarten den Tod. Die Gefangenen werden abgeführt. Einige davon ohne Röde, in bloßen Hemdärmeln. Sie hatten die Uniform abgeworfen, um den Haß zu mildern.

Auf dem Viehhof liegen viele Tote, Grüne und Arbeiter, die im letzten Augenblick von den Augen getroffen wurden. Die waffenlosen Arbeiter stürzen sich auf die herumliegenden Gewehre. Sie bringen die verlassenen Maschinengewehre in Ordnung, gruppieren sich, ein Führer findet sich, ohne daß ihn

einer gewählt oder bestimmt hat. Der Erfahrenste, der Ruhigste, der Mutigste ist der Führer. Die anderen ordnen sich ihm ohne Widerspruch unter.

„Vorwärts, Kameraden, wir greifen weiter an!“ Sie schleppen mit kräftigen Fäusten die Maschinengewehre, die Munitionskisten und behängen sich mit Handgranaten.

21.

Auf der Straße bläht immer noch der Hornist die Internationale. Aus hundert rauhen Kehlen steigt das Lied und dringt bis in die elenden Kasernen im Freistein, in denen Arbeiter aus stundenlanger Todesangst zu neuer Hoffnung erwachen.

Am Stadteingang treffen sich Zermad und Raup. Eben wurde eine Abteilung Einwohnerwehr gefangen vorbeigeführt. Die Gesichter wie Totenmasken, nur der Letzte im Zuge lachte ein verzerrtes Grinsen. Er erzählte den Arbeitern in abgetragenen Sähen etwas und zeigte nach dem Stadttinnern hin.

„Habt ihr viel verloren?“ — fragte Zermad seinen Freund.

„Ein halbes Duzend, Tote und Verwundete! August Stamm hat die Knochen kaputt!“

„Schlimm?“

„Einen Querschläger überm Antel!“

„Da werden die von seiner Partei spucken!“ — sagte Zermad nachdenklich.

„August hat nur das getan, was seine Partei einmal für Recht hielt! Stamm ist Prolet!“

Gleich in den ersten Straßen der Stadt entspann sich ein jäher Häuserkampf. Einzelne mußten die Grünen aus den Wädhern, Wohnungen, oft unter Bettstellen, hervorgeholt werden.

„Aufpassen!“ — schrie ein Arbeiter in der nach dem Viehhof Platz mündenden Stoppenberger Straße. „Aufpassen, sie knallen vom Turm der Kirche herunter!“

Dort hatten sich ein paar Scharfschützen der Grünen postiert und knallten mit sicheren Schüssen auf die Unvorsichtigen, die nicht abends aus der Straße kamen. Die Arbeiter flauten sich in der Straße und berieten.

„In die Schützenbahn, von da aus mit Maschinengewehren und Handgranaten hinein!“ Sie umgingen den Viehhof Platz und schossen aus der Schützenbahn und von anderen geschützten Stellen nach der Kirche hin. Im Kreuzfeuer gaben die Grünen die Kirche auf und verschwand.

Zermad und Raup liefen nun zum Viehhof Platz hin. Von

allen Seiten drangen die Arbeiter vor. „Los, ein Teil nach den Segerothbaraden hin. Dort sitzen noch Grüne!“ — sagte ein hochgewachsener Führer. Sofort quollen die Arbeiterhaufen dorthin. Aber auch nach dem Rathaus zu ergoß sich ein grauer Strom.

In Zermads Nähe krachte eine Ladentür unter Kolbenschlägen. „Was ist denn los?“ fragte er einen frech aussehenden Kerl.

„Dort sind Zigarren und Zigaretten“, sagte der grinsend und schlug noch wuchtiger gegen die Tür.

„Das gibt's nicht!“ sagte Zermad zornig und rief den Kerl zur Seite.

„Geht's dich was an, was ich tue?“ — widersprach der und wollte seine Arbeit fortsetzen.

„Geplündert wird hier nicht, mein Junge!“ — sagte Zermad drohend. — „Laß die Finger davon!“

Der andere lachte ihm ins Gesicht: „Wofür machen wir denn Revolution? Was wir erobern, ist unser, damit basta!“ — Er schwang das Gewehr und gab den Umstehenden einen Wink. „Los, helft mal mit!“

Da griff Zermads Faust in sein Genick. „Gottverdammte, das will ich doch mal sehen, ob du nicht aufhörst!“ — Die Linde seß ins Genick gepackt, die Rechte klatschte wuchtig in das dicke Spitzhübengeßicht. „Wenn du nur mitgenommen bist, um herumzuklaufen, dann hol dich der Deusel, du Hund, du verfluchter!“

Jupp Zermad schlug und schüttelte den Kerl wie ein Lumpenbündel mit einer solchen Wut, daß dessen Gewehr im Bogen aus den sich wehrenden Händen flog. Dann schleuderte er den Durch-einandergepökelten mit mächtigem Schwung unter die Kerlgierigen. „Da ist son Schwein, Kumpels, der kommt mit, um zu räubern!“

„Haut ihn! Hängt ihn auf!“ — schrien einige. Der Kerl schlüpfte zwischen ihren Beinen durch und rannte ohne Gewehr und Mütze nach der Grabenkraße. Dantes Gelächter und Flüche folgten ihm, bis er um die Straßenecke verschwand.

„Mit solchen Stroldchen haben wir nichts gemein, Kameraden!“ sagte Zermad. „Das sind die, denen es gleich ist, wer gewinnt oder verliert; die Hauptsache ist, sie können in dem Durch-einander-Laufen!“



# Oberschlesien Prämienystem und Grubenficherheit im Bergbau

Aus der Landtagsrede des Genossen Selbmann

Wir haben wiederholt gefordert, daß das Prämienystem im Bergbau abgeschafft wird, wie das vorhin auch der Abgeordnete Fries (Siegen) verlangt hat. Das Prämienystem im Bergbau bedeutet, daß die Steiger und Angestellten bei ihren geringen, teilweise herabgesetzten Gehältern darauf angewiesen sind, sich Prämien hinzu zu verdienen, infolgedessen mit allen Mitteln das Förderloß hinauf zu schrauben, hinter den Arbeitern her zu jagen und die Wahrnehmung von Sicherheitsmaßnahmen außer acht zu lassen. Aber ich stelle fest, daß dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates Anfang 1930 der Entwurf eines neuen Reichs-Bergarbeitergesetzes jugelerleitet worden ist, den wir das Bergarbeiterhandgesetz genannt haben. Dieser Gesetzentwurf ist von dem christlichen Arbeitsminister Braun entworfen und von dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell fertiggestellt worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Er ist noch beim Reichswirtschaftsrat!“)

Während also hier der Redner der Sozialdemokratie die Abschaffung des Prämienystems fordert, hat der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell den Entwurf des Arbeitsministers Braun mit der gesetzlichen Festlegung des Prämienystems übernommen und einen solchen Gesetzentwurf dem Reichswirtschaftsrat zugewendet. (Sehr wahr! Hör, hör! bei den Kommunisten.)

Ich habe eben gesagt, daß die Ursachen dieser Katastrophen in der Ausbeutung im Bergbau und in dem mörderischen System der Rationalisierung im Bergbau liegen. Ich stelle fest, daß alle Parteien dieses Hauses mit Ausnahme der Kommunisten mit dieser kapitalistischen Rationalisierung einverstanden waren. Ich stelle weiter fest, daß auf dem letzten internationalen Bergarbeiterkongreß, der in diesem Jahre in Krakau stattgefunden hat, sogar der Vertreter des Bergarbeiterverbandes, der Volksvert Dr. Berger, die Rationalisierung im Bergbau gegenüber den Angriffen der englischen Delegation verteidigt und gutgeheißen hat. Ich erinnere ferner daran, daß sich der Internationale Gewerkschaftsbund in seinen Richtlinien im Jahre 1926 ausdrücklich für die kapitalistische Rationalisierung ausgesprochen hat.

Zu diesen Rationalisierungsmaßnahmen, zu diesem Antreiber- und Ausbeutungssystem kommt auf den Grubenanlagen die geradezu sträfliche Vernachlässigung der Grubenficherheit durch die Verwaltungen und durch die Bergbehörden. Der Herr Minister hat gestern erklärt, und Herr von Waldthausen hat vorhin mit „Stolz“ ebenfalls behauptet, daß wir das beste (!) Grubenficherheitssystem in der ganzen Welt haben. (Lachen bei den Kommunisten.)

Die Herren hätten von ihrem Standpunkt aus Grund, auf etwas anderes stolz zu sein: sie können darauf stolz sein, daß Preußen das Land ist, das die zweitgrößte Unfallziffer der ganzen Welt hat.

Kann gebe ich zu, daß wir in Preußen Richtlinien für die Grubenficherheit haben; wir haben davon jetzt schon mehr als genug. Aber durch solche Richtlinien wird kein einziger Unfall verhütet, wenn sie nicht durchgeführt werden.

Diese Praxis, dieses Antreiber-system macht es den Unternehmern von ihrem Standpunkt aus unmöglich, diese Grubenficherheitsmaßnahmen, die in den Vorschriften vorgegeben sind, auch zu befolgen. Ich sage deshalb: Richtlinien haben wir genug, Herr Richter; sie werden nur nicht durchgeführt.

Ich habe einen Brief von der Schachtanlage Diergart I/II, bei Rheinhausen. Auf dieser Schachtanlage wurde bereits am 24. Mai 1930 festgestellt, daß in einem Revier die Wettertriede vollkommen undenkbar geworden ist. Am 31. Mai befürchtete der Grubenkontrollleur, ein früherer freigewerkschaftlicher Betriebsrat von Rheinhausen, namens Widen, die Schachtanlage. Er wurde auf diese Mängel aufmerksam gemacht. Er hat auch den Steiger zur Rechenschaft gezogen. Am 18. Juni hat er die Schachtanlage wieder besichtigt, und er hat dann ein Protokoll aufgesetzt, in dem er festgestellt hat: „Ich habe heute Montag Revier A bis besichtigt. Der Wettergang von Ort 2 nach 3 Westen ist weder oben, noch unten, noch im Einfallen in Ordnung.“ Also hier bestätigt er das und sagt außerdem, daß das bereits am 31. Mai festgestellt worden ist und daß schon vor drei Wochen die Wetterführung in diesen beiden Revieren vollkommen unbrauchbar geworden ist. Der Grubenkontrollleur hat das also vor mehr als vierzehn Tagen schon festgestellt; aber der Mangel ist nicht abgestellt worden und es ist auch nachträglich nichts erfolgt. Erst eine ganze Zeit später ist diese Wettertriede in Ordnung gebracht worden. Der Ort stillgelegt worden. Ich erinnere daran, daß auch hier der sozialdemokratische Abgeordnete Franz schon gesagt hat, daß z. B. im Bergamt Gleiwitz die Grubenkontrollleure nur in der ersten Hälfte des Monats auf die Schachtanlagen kommen, in der zweiten Hälfte nicht mehr, angeblich, weil die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, das Fahrgeld zu begleichen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Wir haben Fälle, daß es, wenn auf einer Schachtanlage die Betriebsvertretung den Bergat anfordert, sechs bis acht Tage dauert, bis der Bergat kommt. Auf den Guido-Debrüder-Schachtanlagen in Hindenburg, die zur Preußag gehören, hat sich folgender Fall zugegetragen: Die Verwaltung forderte, daß in einem Revier ein Bremsberg mit zur Personenförderung benutzt würde, auch während der Förderung. Der Betriebsrat hat die Genehmigung verweigert. Darauf ging die Grubenverwaltung zum Bergrevieramt, und der Bergrevieramt ersuchte die verweigernde Genehmigung des Betriebsrates. Wir könnten Dutzende solcher Fälle vortragen, in denen alle diese Maßnahmen der Grubenficherheit nicht beachtet werden.

Wie werden aber die Untersuchungen geführt, wenn auf der Schachtanlage ein Unfall sich ereignet hat? In Gegenwart des Unternehmers, des Direktors oder Stelgers werden die beteiligten Bergleute vernommen. In unglücklichsten Fällen ist festgestellt worden, daß Bergarbeiter entlassen wurden, weil sie bei einem Untersuchungsverfahren gegen die Grubenverwaltung ausgesagt haben. Die heute herrschenden Untersuchungsverfahren sind ungeeignet, irgend etwas über die Ursachen solcher Katastrophen ans Tageslicht zu bringen. In unserem Antrag (Bereits veröffentlicht. D. Red.) fordern wir daher einen Schutz für alle diejenigen, die in einem Untersuchungsverfahren für Unfälle aufklären.

Wir haben hier in der Besprechung allerhand Liebeserklärungen an die Bergarbeiter von bürgerlichen Parteien gehört, auch von Herrn von Waldthausen und seinem noch prominenteren Fraktionsmitglied, dem Bergbauhaußverwandigen Fridolin Straube. (Lachen bei den Kommunisten.) Alle diese platonischen Liebeserklärungen nützen den Bergarbeitern gar nichts. Der Abgeordnete Fries (Siegen) hat vorhin darauf hingewiesen, welche Rolle der Bergbauhaußverwandige Dr. Leh von den Nazis bei dieser Katastrophe ge-

spielt hat. Ich habe hier ein amtliches Dokument der Nazis, das ihre Stellung zu dem Grubenunfall beleuchtet. Außerdem will ich noch bemerken, daß gestern während der ganzen Debatte kein einziges Mitglied der nationalsozialistischen Gruppe hier im Plenum amovend war. Der „Böllische Beobachter“ vom 30. Oktober meldet,

## Sklaverei bei Fürst Hendel-Donnersmard, Br. Krawarn

Überall auf dem Lande, vor allem da, wo die Erwerbslosen noch nicht dazu übergegangen sind, sich Erwerbslosenvertretungen zu schaffen, stoßen die Schikane der Arbeitsamt-Bürokratie auf schwachen oder fast gar keinen Widerstand. Dadurch, daß das ganze Erwerbslosensystem ziemlich schwerlich ausgezogen ist, findet sich mancher der Arbeitslosen nicht zurecht, was die Angestellten der Arbeitsämter ausnützen, um diese Leute schikanieren zu können.

Es bekommt sogar ein Teil ausgestuierter Erwerbsloser, vorwiegend in den Orten, wo noch keine Erwerbslosenvertretung besteht, einfach keine Wohlfahrtsunterstützung, vielmehr speist man diese Leute mit irgendeinem Beiseide ab. Noch schlimmer ist es um die Arbeitsvermittlung bestellt; man kann hier die Arbeitsämter mit Sklavenergoreinrichtungen vergleichen. Hier in dem Ort hat Graf Hendel-Donnersmard, wie auch in anderen Orten, ein Gut, das wie alle anderen Güter eine Zuchtungsdomäne des Faschismus ist. Die Löhne der Arbeiter in der Landwirtschaft sind tatsächlich sehr niedrig. Die meisten Landarbeiter, fettegefreuten, nach außen hin aber notleidenden Krauthäcker zöhlen noch einmal diesen niedrigen Lohnsatz, sondern speisen ihre Arbeiter mit Hungerlöhnen ab. Die Lebens-, Wohn- und hygienischen Bedingungen sind bei der Landwirtschaft die denkbar schlechtesten. Auch der Graf Hendel-Donnersmard benötigt für seine Rübenriebe Arbeiter. Man forderte also vom Arbeitsamt Preußisch-Krawarn diese Arbeitskräfte an. Nun vermittelt das Arbeitsamt die besten und billigsten Arbeitskräfte dem Unternehmer. Die Arbeitsämter fragen nicht nach dem Lohn und der Arbeitszeit. Nimmt nun ein Erwerbsloser die Arbeit nicht an, so verhängt man über ihn Sperrrufen und läßt somit die Erwerbslosen langsam verhungern. Bei der Rübenriebe war auch eine sehr schlechte Bezahlung. Für vier Morgen Rüben, die zwei Arbeiter in vier Tagen ernten, erhalten die zwei Arbeiter 10 Mark, so daß auf den einzelnen 5 Mark entfallen. Der Wochenverdienst der Rübenarbeiter beträgt 8, 10 und 12 Mark; also soll ein Arbeiter mit 8 oder 10 Mark eine dreiköpfige Familie ernähren. Außerdem brauchen die Leute bei dieser Ernte noch sehr viel Sachen, die sie allerdings von diesen Hungerlöhnen nicht erneuern können.

Gegen eine solche Sklaverei müssen die Erwerbslosen geschlossen kämpfen, gegen die Schikane der Bürokraten vorgehen, indem sie Erwerbslosenvertretungen schaffen und mit diesen gemeinsam um ihre Rechte kämpfen.

## Hindenburg

Halbtäglicher Autobusverkehr nach Sosniza  
Am Sonnabend, dem 8. November, ist auf der Linie I, Sosniza, verkehrsweise der Halbtägiger Verkehr eingeführt worden. Die Wochentagezeiten vom Hauptbahnhof sind: 6.40, 7.10, 7.40 ufm. durchgehend bis 20.40 Uhr; dann stündlicher Verkehr.

## Gleiwitz

Wochenmarktverlegung. Der am Dienstag, dem 18. November, in Gleiwitz fällige Wochenmarkt wird wegen des auf diesen Tag fallenden Jahrmarktes auf Montag, den 17. November, verlegt.

## Ratibor

Standalö, Zustände im Obdachlosenheim auf der Bergstraße

Wir bringen nachstehend eine uns zugegangene Zuschrift aus Ratibor: Die Wohnungsnot in Ratibor ist sehr groß. Der Kurs der Mietenerhöhungen dauert an. Viele Erwerbslose können ihre Mieten nicht mehr begleichen, ihnen allen droht die Exmittierung. Auf der Bergstraße mußte das Obdachlosenheim in Wohnungen umgebaut werden. Nach dort werden alle Exmittierten geschickt. Diese Bergstraße liegt nicht etwa in einem schönen Viertel innerhalb der Stadt, sondern fast schon einen halben Kilometer hinter der Stadt. Die Gebäude, in denen die Wohnungen sind, sind barackendähnlich gebaut. Alle Wohnungen liegen parterre. Sie sind sehr hoch und die Möbel verfaulen. Außerdem ist aber auch noch die Gesundheit der hier Wohnenden in Gefahr. Vorwiegend die Erwerbslosen und die Armenunterstützungsempfänger werden sehr schnell Opfer der Tuberkulose. Hier müßte die Stadt Ratibor den Armen soviel soziale Hilfe leisten, daß sie ständig heizen können, damit die Wände austrocknen, wenn überhaupt möglich zu machen ist. Für diese „Wohnungen“ verlangt nun die Stadt von den Armen der Armen Mieten von 7, 8 und 12 Mark, die natürlich keiner zahlen kann. Die Unterstützung reicht nicht einmal aus, um den Lebensunterhalt auf der spärlichsten Basis zu bestreiten.

Wenn nun die Stadt Ratibor um eine Straße, und zwar um die Bergstraße mit dem Obdachlosenheim, reicher geworden ist, dann soll sie sich auch ein wenig um die Bewohner des Obdachlosenheims kümmern. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die dort Wohnenden noch manche Unglücksfälle durch diese Stodunkelheit erleiden können. Ist das der Stadt auch gleichgültig? Vergleichen sind dort die Wege bei hartem Regen durch die großen Pfützen vollkommen unpassierbar, also sind die dort Wohnenden von ihrer Umwelt abgeschlossen. Es wäre an der Zeit, daß sich der Magistrat auch dafür interessiert. Gleichzeitig fordern alle Mieter von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, von der einzigen Fraktion, die gegen soziale Ungerechtigkeit kämpft, die Forderungen der Mieter von der Bergstraße im Stadtparlament zu vertreten. Geschlossen stehen sämtliche Mieter der Bergstraße hinter diesen Forderungen.

## Neustadt

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“  
Dieses Gebot müßte eigentlich jedem Christen wohlbekannt sein, erft recht solchen überkommenen Heuchlern, welche keine Walfahrt und keine Prozession verüben. Daß dem nicht so ist, beweist folgendes Beispiel: Das Haus Untere Mühlstraße gehört dem Expedienten

am 28. Oktober die drei nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Schmer, Leh und Schaller den Beteiligten im Namen der Nationalsozialistischen Partei und im Namen Dillers das Verbleib ausgesprochen haben.

Dann heißt es weiter: „Der erste Kundensbesuch galt der Gemeindeverwaltung und dem Bürgermeister. Dann wurden unsere Führer von der Grubenverwaltung empfangen.“

Es steht nichts davon da, daß sie auch bei den Leidtragenden gewesen seien. Dann schreiben die Nazis, daß bei diesem Unglück auch drei Nationalsozialisten betungelacht seien, und es heißt hier:

„Drei mutige Kämpfer für das „Dritte Reich“ hat der Bergbauanstalt aus den Reihen gerissen.“

Kein, nicht drei mutige Kämpfer für das „Dritte Reich“, sondern drei irreführende Arbeiter, die für dieses Bündnis der Nazis mit den Grubenverwaltungen und den Bürgermeistern benutzt wurden, sind zu Tode gekommen. Die Nazis haben also gar keine Veranlassung, hier irgendeine große Töne zu reden, ganz abgesehen von ihren Bergbauhaußverwandigen.

## Falkenberg

Rechtsauskunft für die werbtätigen Bauern und Arbeiter unentgeltlich. Von jetzt ab gibt Rechtsauskunft unser Genosse, der Kreisabgeordnete Georg Krusch in Julienthal, Post Friedland. Ebenso werden Besuche und Anträge aller Art unentgeltlich angefertigt.  
Arbeiter und Kleinbauern, macht von dieser Einrichtung Gebrauch.  
Es wäre wünschenswert, daß diese „Dame“ einmal in die Lage eines Erwerbslosen käme und von der geringen Unterstützung lebte, dann würde ihr der Uebermut schnell vergehen.

## Oppeln

Proletarierfrauen, merkt euch das!  
Polizei und Staatsanwalt werden auf euch gehetzt  
Erst heute erfahren wir, daß der „Volksbund für Mutter- und Sexualhygiene, Bezirk Gleiwitz“, am 31. Oktober eine Versammlung mit dem Thema „Ueber Volk und Kinderlegen“ veranstaltet hat. Wir wissen nicht, welche politische oder sonstige Einstellung dieser Bund hat. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen aber, und besonders nach der angestimmten Jeremiade des „Doppelner Kuriers“ jedoch, scheinen die Ausführungen des Redners immerhin einiges Licht über die Not der Frauen gebracht zu haben. Ein angeblicher Arzt (?) hat nun über diese Versammlung im „Kurier“ seinen Dreifüßel ausgegüßelt, wie es selbst ein Kabaublatzchen schlimmster Sorte nicht besser machen könnte. „Wo bleiben die Polizei und die Staatsanwaltschaft?“ so schreibt dieses Schmierblatt, und gießt dort Fragen, die alle Proletarier bis tief in den Mittelstand hinein berühren, in den Dreck. Bezeichnend ist es, daß nach „Kurier“ seine eigenen Anhänger, und besonders die Frauen der ärmeren Schichten zu Hilfe rufen würde, dann dürfte er sein blaues Wunder erleben. Auch die lausigste aller Frauen will heute nicht mehr zur Gebärmachmaschine degradiert werden, und die vielen Kindesstötungen und Abtreibungen, besonders im Landkreis, zeigen uns, welche Not in den Proletarierfamilien herrscht. Daß dem „Kurier“ nahelehernde Grundbesitzer, die für ihr Vieh Paläste und für „ihre“ Leute nur Ställe als Wohnungen haben, nicht angerührt werden sollen, kann man aus der reaktionären Haltung dieser Zeitung verstehen. Sei es nun, wie es will, aus der ausführlichen Mitteilung werden manche katholische Mütter die Lehre gezogen haben, sich mit der Sexualfrage mehr als bisher zu beschäftigen. Da kann auch ein „Unterhofen“-Schnitzel nichts machen!

Arbeiterfrauen! Heraus mit der bürgerlichen Presse aus eurer Wohnung! Lebt die „Arbeiter-Zeitung“, die eure Interessen vertritt und euch gegen die Goldschreiber der Kapitalisten in Schutz nimmt!

## Pfarrer Piecha läßt Fenster scheiben einschlagen!

Chrosch. Wir zeigten in der Nummer 254 unserer Zeitung unter dem Artikel „Rot Sport“ die Heße des Pfarrers Piecha gegen die Arbeiterkraft und das am 26. Oktober d. J. stattgefundene Sportfest der roten Sportler. Seine Heße führte so weit, daß die Frommen seiner Gemeinde mit den Faschisten, dem Kettenbauern, der dem Arbeiterportverein seinen Ader als Spielplatz zur Verfügung stellte, in einer Nacht die Fensterscheiben seiner Wohnung einschlugen. Nicht allein das, will er auf den Gastwirt, der seine Räume dem Arbeitern für Veranstaltungen zur Verfügung stellt, einen Druck ausüben. Ja, nicht allein das hat der Prediger der Nächstenliebe getan, sondern er hetzt seine Gläubigen noch mehr auf. Man konnte beobachten, daß durch die weitere Heße manch verbohrtet Christ bei der Gastwirtin auslief.

Arbeiter und Kleinbauern, fester die Reihen geschlossen, und erft recht hinein in die Reihen des Arbeiterports und der Arbeiterwehre, denn sie führen den Kampf unter Führung der SPD. für einen besseren Lebensunterhalt. Wir rufen den Werktätigen von Chrosch aus: Unterstützt nur diejenigen Geschäftleute und Gastwirte, die mit der Arbeiterbewegung unterhalten. Keinen Pfennig denjenigen, die die Arbeiterkraft bekämpfen!

Stadtparlament tagt am Donnerstag, dem 13. November, um 12 Uhr.